

11. November

8/2022

www.landtag-mv.de



+++ Regierungserklärung zu Energiekrise +++ Aktuelle Stunde zu Bürgerprotesten +++ Neustrukturierung der kindermedizinischen Versorgung +++ Erhalt der Sprach-Kitas gefordert +++ Senioren: wertvoller Teil unserer Gesellschaft +++ Parlamentsforum Südliche Ostsee +++ Kalender-Quiz +++



3 - 26	AUS DEM PLENUM	
3	Aktuelle Stunde	„Meinungsfreiheit verteidigen – Bürgerproteste ernst nehmen“ auf Antrag der Fraktion der AfD
4 - 12	Auszüge aus der Originaldebatte	Minister Christian Pegel, Horst Förster (AfD), Franz-Robert Liskow (CDU), Torsten Koplín (DIE LINKE), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Falko Beitz (SPD),
13 - 24	Berichte	Energiekrise: MV ist Teil der Lösung EU-Vogelschutzgebiet Lewitz im Wandel Neustrukturierung der kindermedizinischen Versorgung Katastrophenschutz Abschiebungen konsequenter angehen Erhalt der Sprach-Kitas gefordert Altenparlamentstage im Plenarsaal Senioren: Wertvoller Teil unserer Gesellschaft
25 - 26	Meldungen	Long COVID erforschen Agrarbericht contra Datenstatistik Ermittlungsarbeit an der Belastungsgrenze Wirtschaft und Bürger steuerlich entlasten Preis für Parkausweise diskutiert
27	Gesetzgebung	
28 - 33	Ausschüsse	Landschaftspflege Klimawandel und Krieg im Fokus AdR-Fachkommission für Wirtschaft Wirtschaftsausschuss vor Ort Gutachten UnimedMV 2030
34 - 35	Panorama	Weihnachtliche Stimmung im Schweriner Schloss Kalender-Quiz
36	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner
 Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus
 Platzgründen ist stellenweise nur die
 männliche Form verwendet.
 In solchen Fällen ist die weibliche Form
 mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
 geben nicht in jedem Fall die Meinung des
 Herausgebers wieder.
 Alle Abbildungen sind urheberrechtlich
 geschützt. Nachdruck nur mit a Genehmigung
 des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
 bezogen werden. Bestellungen sind an den
 Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 21. 10. 2022



Innenminister Christian Pegel während der Aktuellen Stunde.

Foto: Uwe Sinnecker

Aktuelle Stunde

Meinungsfreiheit verteidigen - Bürgerproteste ernst nehmen

■ Laut dem neuesten Jahresbericht des Ost-Beauftragten der Bundesregierung sind immer weniger Menschen der Ansicht, man könnte seine Meinung frei äußern. Dies, und auch die in ihren Augen einseitige öffentliche Diskurs zur Migration, die manipulative Berichterstattung in den Medien und die Verunglimpfung von Demonstranten nahm die AfD zum Anlass, für die Oktober-Sitzungswoche eine Aktuelle Stunde zu beantragen. Während der Aussprache waren sich alle Fraktionen einig, dass die Meinungsfreiheit eines der höchsten Güter in unserem Land sei. Genauso sei es verständlich, dass die Sorge über die hohen Energiepreise die Menschen auf die Straße treibt. Diese Demonstrationen seien nicht nur lebendige Demokratie, sondern würden auch von der Regierung ernst genommen werden. Aber der Argumentationslinie der AfD konnte keine der anderen Fraktionen folgen.

Die freie Meinungsäußerung sei ein in der Verfassung niedergeschriebenes, elementares Grundrecht, stellte **Horst Förster** (AfD) fest. „Wie sie praktisch gelebt wird, sei eine andere Sache.“ Seine Fraktion sorge sich um mediale Manipulationen in der Meinungsbildung mittels „Verdachtsmeinungen“ und „Totschlagargumenten“ statt Sachdebatte

und Fakten. Der von allen Schichten des Volkes getragene aktuelle Protest, sei nicht nur legitim, sondern demokratisch notwendig und ein Weckruf für die Regierung.

Demonstrierende hätten nicht deshalb die Wahrheit auf ihrer Seite, gab Innenminister **Christian Pegel** (SPD) zu be-

denken, nur weil sie auf der Straße unterwegs seien. Denn es gebe keine Wahrheit bei der Meinung. Für ihn sei „völlig unstrittig“, dass Demonstrationen darauf aufmerksam machten, was die Menschen bewege. Die Landesregierung nehme die Sorge um hohe Energiepreise ernst und auch Bürgerproteste. Darum mache sie, wann immer möglich, Gesprächsangebote.

Er habe immer seine Meinung sagen können, teilte **Franz-Robert Liskow** (CDU) mit. Allerdings seien in der Corona-Pandemie, Menschen mit abweichender Meinung zu „Querulanten“ erklärt worden. Auch beobachte er, dass bei bestimmten Themen der „Meinungskorridor“ schmaler geworden sei und eine öffentliche Debatte unmöglich mache. Die Politik dürfe dem „fatalen Eindruck“ keinen Vorschub leisten,

dass man zwar alles sagen dürfe, aber dass es niemanden interessiere.

Es sei wichtig, dass sich die Menschen „artikulieren“ begrüßte **Torsten Koplín** (DIE LINKE) die jüngsten Demonstrationen. Die Ursachen, von der AfD sehr oberflächlich betrachtet, lägen jedoch viel tiefer und hätten mit der Art und Weise zu tun, „wie wir produzieren, wie wir das Produzierte verteilen und wie sich auch Armut und Reichtum zueinander verhalten“. Darauf reagiere die AfD mit „Demagogie“ und mache Politik auf dem Rücken der Sorgen und Ängste von Menschen.

Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hielt es als völlig rechens, dass die Kritiker der Energiepolitik des

Bundes und der Länder von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machten. Sie sehe aber auch verfassungsfeindliche Netzwerke und Einzelpersonen, die mit den Ängsten der Menschen Stimmung gegen den demokratischen Rechtsstaat und dessen Repräsentanten machten, um unser demokratisches System zu delegitimieren. „Das dürfen wir nicht zulassen.“

René Domke (FDP) erkannte keine Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Allerdings finde die freie Meinungsäußerung Grenzen, besonders „wenn sie gegen Gesetze verstößt“ oder in Beleidigungen münde. Es gebe auch keinen Anspruch, dass jede Meinung gehört werde. Er sei immer dafür, Dinge auszudiskutieren, „Meinung und

Gegenmeinung auszuhalten und sich miteinander auszutauschen“. Er bedaure, dass es hier Defizite gebe.

Die Ängste der Menschen, ob sie sich im Winter eine warme Wohnung leisten können, hielt **Falko Beitz** (SPD) für nachvollziehbar. Auch wenn sie dann demonstrieren gingen. Aber er mahnte zu schauen, mit wem man dort auf der Straße stehe. Spätestens wenn demokratisch gewählten Regierungen die Legitimation abgesprochen werde, dann sollte jeder der Demonstranten, der mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, den Platz verlassen haben.

Es fand eine Aussprache statt.

■ Minister Christian Pegel:

„Menschen ernst zu nehmen, ist mir ein hohes Anliegen.“

Foto: Uwe Sinnacker



[...] Dann erinnere ich mich enorm gerne an eine Rede – ich glaube, es war der 25. Geburtstag unserer Landesverfassung – der früheren Bundesministerin und insbesondere der früheren Bundestagspräsidentin Frau, ich glaube, Professorin Dr. Rita Süßmuth, [...] die einen sehr schönen Satz ihres Vaters zitierte, der, glaube ich, sehr richtig wiedergibt, was Demokratie als Leitsatz braucht, was Toleranz als Leitsatz braucht und demokratischer Diskurs. Jedenfalls ihr Vater hätte ihr immer gesagt, denk bei jeder Diskussion daran, vergegenwärtige dir regelmäßig, dass vielleicht auch dein Gegenüber recht haben könnte, [...]

*(Heiterkeit und Zuruf
von Horst Förster, AfD)*

Und wenn wir das zur Grundlinie der Diskussion machen, ob Meinungsfreiheit verteidigt werden muss, würden alle im Raume sagen, ja, und ob man Bürgerproteste ernst nehmen soll, würden wir ebenfalls sagen, ja, denn es könnte sein, dass der gegenüber recht hat. Es gibt keine Wahrheit in der Meinung. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Menschen ernst zu nehmen, ist mir ein hohes Anliegen, [...] keiner in den Oppositionsfraktionen wird mir vorwerfen können, dass ich unentwegt nicht ernst nähme, sondern ich versuche, und das gilt auch für Gespräche mit Menschen draußen, ernst zu nehmen.

Wir müssen uns davor hüten zu sagen, weil Menschen demonstrieren gehen, ist das offenbar die Wahrheit, und wenn Politik etwas anderes fordert, dann ist sie in der Unwahrheit, sondern wir befinden uns in einem Diskurs. [...]

Eine zweite Verabsolutierung, die ich für extrem gefährlich halte, die in Diskussionen im Diskurs immer häufiger auftritt, ist zu sagen „das Volk“. Ich treffe auf Demonstrationen die Demonstranten, die mir sagen „das Volk“. Sie stehen zu zehnt dort und sagen „das Volk“. Du bist der Volksverräter, weil das Volk will es anders. Dann atme ich einmal schwer und sage, ich fürchte, Sie sind der Volksverräter, weil Sie das, was Demokratie, was der freie Diskurs will, diskreditieren, wenn Sie erstens für sich verabsolutiert sagen, „Ich bin das Volk“, und zweitens mir absprechen, dass ich vielleicht auch Teil dieses Volkes sein könnte.

Wir interpretieren das gerne alle wechselseitig. Aber ich warne davor zu sagen, wenn ein Bürgerprotest passiert, muss ein ganzes Land sofort umkehren. [...]

Und jetzt bezogen auf Ihr konkretes Thema, dass Sie sagen, nehmt vor allem die momentane Situation ernst. Und da verspreche ich Ihnen, das tun wir! Die Sorge vor Energiepreisen nehmen wir hochgradig ernst! Und wie ernst wir die nehmen und wie ernst wir im Übrigen Bürgerprotest nehmen, hat die Ministerpräsidentin in einer Situation, die viele andere vielleicht anders gelöst hätten, bewiesen, als sie in Neubrandenburg vor eine durchaus emotionale Versammlung von Unternehmerinnen und Unternehmern gegangen ist, gesagt hat, genau den Diskurs mit euch führe ich.

(Thore Stein, AfD: Herr Dahlemann nicht!)

[...] Drittens. Gestern war angeklungen, dass Sorgen bestehen zu sagen, aber ihr habt nicht so viel Gäste gehabt bei euren Gesprächen als Ministerinnen und Minister. Ja, auch das gehört dazu, dass ich akzeptiere, dass Menschen sagen, ich nehme das Gesprächsangebot an oder nicht. [...] wir haben aber insbesondere den Bürgerprotest, die Hinweise, die Sorgen, die Nöte ernst genommen, indem wir mit einem breit aufgestellten Landesenergiegipfel die Diskussion geführt haben, uns gemeinsame Positionen gebildet haben und genau mit diesen Positionen in die Bundespolitik gegangen sind. [...] Die Frage, ob ich die Mehrwertsteuerabsenkung von 19 auf 7 Prozent nur für Gas oder eben auch für Fernwärmelieferung vornehme, war ein wesentlicher Punkt dieses Landesenergiegipfels. Sie ist heute im Übrigen gesetzt, das ist umgesetzt worden im Deutschen Bundestag, [...]

[...] Ernstnahme von Meinungen heißt, alle Meinungen ernst zu nehmen und, zweitens, Verfassungsfeinde dabei zu unterstützen, davor muss ein Staat warnen dürfen. Und das sollte nicht die Legitimation dafür sein, dass ein Staat den Mund halten muss, wenn gegen seine Organe gearbeitet wird. [...] Und genau deshalb dürfen wir eine Diskussion wie heute führen, halten die miteinander aus, aber dann lassen Sie uns bitte auch über Meinungsfreiheit diskutieren, und nicht darüber, dass es angeblich unwahre oder wahre Meinungen gibt! – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

■ Horst Förster, AfD:

„Die Unzufriedenheit der Bürger wächst.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“, so Artikel 5 Satz 1 des Grundgesetzes. Meinungsfreiheit ist ein elementares Grundrecht. Auf dem Papier steht sie in so gut wie jeder Verfassung. Wie sie praktisch gelebt wird, ist eine andere Sache. [...]

Meine Damen und Herren, die Unzufriedenheit der Bürger wächst. Wir erleben Demonstrationen, wie wir sie seit der Wiedervereinigung nicht erlebt haben. Es brodeln, vor allen Dingen im Osten. Erst die Corona-Krise, deren Maßnahmen oft nicht nachvollziehbar waren und die von vielen als ausgrenzende Diffamierung empfunden wurden, dann der Ukraine-Krieg, in den wir mehr und mehr hineinstürzen, obwohl es eigentlich nicht unser Krieg ist, in der Folge eine Energiekrise mit horrenden Preissteigerungen und allmählich die Erkenntnis, dass Putin eben nicht alles in die Schuhe geschoben werden kann. Es droht einem großen Teil der Bevölkerung ein massiver dauerhafter Wohlstandsverlust, verursacht durch selbstschädigende Sanktionen und eine wahnwitzige Klima- und Energiepolitik. Viele Bürger sind von nackter Existenzangst ergriffen und wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen. An den Protesten nehmen auch Unternehmer und Selbstständige teil, weil sie massenhafte Insolvenzen und irreparable Schäden für den Wirtschaftsstandort Deutschland befürchten.

Diese Proteste sind nicht nur legitim, sie sind in einer Demokratie notwendig, denn der von allen Schichten des Volkes getragene Protest sollte ein Weckruf für die Regierung sein, sich endlich den Ursachen der Krise zuzuwenden und das drohende Elend abzuwenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Doch wie reagieren die Regierenden? Sie reagieren und moralisieren mit Floskeln und warnen nach dem Motto:

„Wird der Bürger unbequem, dann ist er sicher rechtsex-trem.“ Die Demonstranten sollen genau darauf achten, wer bei den Protesten mitmacht, und sich von radikalen Grup-pierungen distanzieren. So hat sich auch unser Innenminis-ter geäußert.

*(Thomas Krüger, SPD:
Zu Recht!)*

Meine Partei hält derlei Belehrungen oder besser Einschüch-terungen für völlig unangebracht,

*(Julian Barlen, SPD:
Oh Wunder!)*

und wenn, Herr Krüger, dann sollte man sie in beide Rich-tungen aussprechen. Besser wäre es, diejenigen zur Räson zu rufen, die mit ihrem Vokabular die Demonstranten pau-schal verunglimpfen und die damit das Klima anheizen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD -
Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)*

Das ist inzwischen linker Brauch,

(Zuruf von René Domke, FDP)

vom „Pack aus Dunkeldeutschland“ bis zum „rechten Mob“, wie der GRÜNEN-Politiker Trittin die Proteste in ostdeut-schen Städten jüngst abqualifizierte.

*(Zurufe von Enrico Schult, AfD, und
Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

An den Bürgerprotesten nehmen Menschen verschiedens-ter Couleur teil, die sich gerade nicht in eine Schublade ein-ordnen lassen. Sie alle eint der berechnete Zorn gegenüber einer Politik, die unser Land offensichtlich gegen die Wand fährt. [...]

Herr Innenminister, ich kann nur davor warnen, friedliche Proteste bereits im Voraus zu delegitimieren, nur, weil dort möglicherweise auch Extremisten mitlaufen. Nehmen Sie die Proteste von Bürgern aus allen Schichten und Lagern ernst! Das ist das Gebot der Stunde! Tragen Sie Ihren Teil dazu bei, dass die angestauten Probleme beim Namen ge-nannt und angefasst werden! Wenn Bürger das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen verloren haben, dann steht das am Ende eines Prozesses, für den nicht die Bürger verantwortlich sind. – Vielen Dank!

■ Franz-Robert Liskow, CDU:

„Wenn Menschen befürchten müssen, dass sie nicht ernst genommen werden, wird der Ton rauer.“



Foto: Uwe Sinnacker

[...] Aber man muss auch akzeptieren, dass es eine Zahl von Menschen gibt in diesem Land, die das auch anders sieht als ich, und da reden wir teilweise von bis zu 50 Prozent der Deutschen, je nachdem, wie gefragt wird und wer gefragt wird, die das Gefühl haben, dass es Sprechverbote gibt, und die das Gefühl haben, sie fürchten um die Meinungsfreiheit. [...] Aber ich habe auch erlebt, dass Menschen nachvoll-ziehbare Einwände brachten und dann zu Querulanten er-klärt worden sind.

Dazu gehört beispielsweise [...] das Thema, dass es über ei-nige Monate verboten war, im Freien Alkohol zu trinken. Und dazu gehören auch beispielsweise Betretungsverbote für den Strand oder die zum Glück nie verwirklichten Pläne, dass man Deutschland nur aus triftigem Grund verlassen kann. Ich kann da verstehen, dass es Menschen als verlet-zend empfunden haben, wenn sie sozial geächtet wurden, [...]. Die wenigsten Menschen, wie beispielsweise ich, ver-spüren den Drang, bei mittelmäßigem Wetter und bei Wind über den Strand zu laufen. Trotzdem, ein Verbot bleibt ein Verbot, egal ob es einen persönlich trifft oder eben nicht, und wenn hier der öffentliche Meinungskorridor zu eng wird, dann kann ich schon verstehen, dass es Verärgerung gibt und dass Menschen Angst haben, ihre Meinung zu sa-gen. [...]

Meine Meinung an dieser Stelle ist eindeutig, Russland ist der Aggressor, und wer das sehen wollte, hat das auch schon vor dem 24. Februar gesehen. Und dass die Pipeline nicht ans Netz geht, ist auch absolut richtig.

*(Beifall Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Ich stelle aber auch fest, das ist im Osten in der Form nicht die Mehrheitsmeinung. Wir können lange darüber spekulieren, woher das kommt oder ob es vielleicht damit zu tun hat, dass den Menschen über Jahre eingeredet wurde, Putin und die Pipeline seien vollkommen unproblematisch, der Aggressor sei die NATO. Und das wurde eben auch von wichtigen Verantwortungsträgerinnen und -trägern der Politik auch hier aus Mecklenburg-Vorpommern teilweise vorgelebt. [...] Aber es wird schon ein wenig schwierig – und das hat mein Kollege Daniel Peters gestern auch in der Debatte angesprochen –, wenn beispielsweise Herr Pegel, und da kommen wir dann zur Kritik, auf einer Bürgersprechstunde der Landesregierung erklärt, dass er den Protest der Straße ausdrücklich begrüßt, denn der Druck der Straße sei an dieser Stelle wichtig. Und Frau Schwesig hat sich ja in Neubrandenburg ähnlich geäußert. Das wird zumindest einzelne Demonstranten mindestens schon ein wenig wundern, denn ich glaube, zurzeit geht auch niemand auf die Straße, weil es darum geht, für die Politik der Landesregierung zu demonstrieren. [...] Und ganz gleich, zu welcher politischen Überzeugung man neigt, wenn Menschen befürchten müssen, dass sie nicht ernst genommen werden, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn der Ton ein wenig rauer wird. Und es gibt das geflügelte Wort, dass man heute im Gegensatz zur DDR zwar alles sagen dürfe, aber anders als früher interessiert es eben niemanden mehr. Und ich glaube, wir müssen schon aufpassen, dass wir diesem fatalen Eindruck nicht Vorschub leisten.

*(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD:
Na, dann können Sie ja mal mit gutem Beispiel
vorangehen hier!)*

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

■ Torsten Koplín, DIE LINKE:

„Wir leben in beispiellosen Zeiten.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] ich bin in negativer Hinsicht, Herr Förster, beeindruckt von Ihrer Rede. Sie hat mich verblüfft, weil Sie in der Begründung der Themensetzung sich ergangenen haben in Ausdeutungen, was denn Herrn Merz veranlasst hätte, dieses oder jenes zu tun, sich so oder so zu verhalten, Sie haben Mutmaßungen angestellt, ellenlang, über die Geschehnisse in der Ostsee, an der Pipeline,

*(Heiterkeit und Zuruf
von Horst Förster, AfD)*

und Sie haben sogar noch die DDR aus der Gruft holen müssen und in einen falschen Kontext gestellt. Das finde ich reinweg unanständig, muss ich Ihnen sagen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Das ist ein Lehrbeispiel für Demagogie aus meiner Sicht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] wir leben in beispiellosen Zeiten,

(Thore Stein, AfD: Ja, danke!)

in Zeiten, wo sich Krisen wie die Klimakrise, wie der Krieg in der Ukraine und wie die Inflation und Energiekrise nicht nur zueinander summieren, sondern quasi einem Tsunami gleich aufschaukeln, sich gegenseitig verstärken. Das führt selbstverständlich zu Unsicherheiten bei Menschen, zu Sorgen und Ängsten: Kann ich noch bezahlen, was ich gestern noch bezahlen konnte, auch am nächsten Tag? Kann ich den Lebensalltag stemmen? Ja?

*(Horst Förster, AfD: Kommen
Sie mal zu den Ursachen!)*

Zu Ursachen haben Sie auch etwas gesagt und Sie sind oberflächlich geblieben, Herr Förster. Sie haben gesagt, diese Sorgen und Ängste, die auf die Straße getragen werden – ich finde das wichtig, dass sie auf die Straße getragen werden, ich finde das wichtig, dass Menschen sich artikulieren – , und Sie haben gesagt, das steht aber nur in einem Zusammenhang mit den Sanktionen. Keineswegs, die Ursachen liegen viel tiefer. Schon lange leben wir mit der Art und Weise, wie wir produzieren, wie wir das Produzierte verteilen und wie sich auch Armut und Reichtum zueinander verhalten, also Vermögenswerte, leben wir in Kollision mit unserer natürlichen Umwelt, mit den Rahmenbedingungen, die wir einfach selber gesetzt haben [...] Und Sie reagieren mit Demagogie. Sie reagieren damit, dass Sie auf der Schaumkrone dieser Sorgen und Ängste – und ich finde, es ist die schäbigste Art, Politik zu machen,

(Zuruf von Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, AfD)

[...] Und ich bin so stolz darauf, wir waren diejenigen, die diese Idee aus dem März dieses Jahres für einen Energiepreisdeckel weiterentwickelt und so konkretisiert haben, dass er überhaupt verhandelbar ist. Und ich finde, das sind alles Ausdrucksformen davon, dass wir die Sorgen und Nöte der Menschen und auch die Proteste ernst nehmen [...] Ich bin nur sehr verwundert. Und ich finde, das sind Grenzüberschreitungen, zu denen auch Sie sich mal verhalten könnten, wenn Leute auf eine Demo gehen und erklären, Bundeskanzler Scholz gehöre an die Wand, wie in Rostock geschehen. Was hat denn das noch mit Meinungsfreiheit zu tun? [...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wollen
Sie uns das unterstellen?)*

[...] Was hat die Meinungsfreiheit denn damit zu tun, dass jemand Waffen mit auf eine Demo bringt? Was haben die denn da zu suchen?

*(Horst Förster, AfD: Sprechen Sie doch
über die Töne auf Ihren Veranstaltungen!)*

Sollen die der Durchsetzung der Meinungsfreiheit dienen?

*(Horst Förster, AfD:
Sie greifen einen Idioten raus.)*

[...]

■ Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Das ist Ausdruck unserer
freiheitlichen Demokratie.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Laut Zählungen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte hat der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine bis Mitte September 5.916 Todesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung gefordert, darunter mindestens 379 Kinder. [...]

In Reaktion auf die fortgesetzten Angriffe [...] hat die EU [...] harte Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland beschlossen. Der damit verbundene weitgehende Stopp der russischen Gaslieferungen [...] stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Die Energiekosten sind stark gestiegen, und das stellt eine große Belastung [...] dar, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft hier in Deutschland.

Und es ist klar, [...] dass es dann [...] Demonstrationen gibt, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern. [...] Das ist [...] Ausdruck unserer freiheitlichen Demokratie. Gleichzeitig ist es unbestritten [...] dass vielfältige Netzwerke [...] die Demonstrationen für ihre Zwecke nutzen und ihr menschenverachtendes Gedankengut in eine breitere Gesellschaft tragen wollen. [...] Um das zu belegen, möchte ich Ihnen einige Beispiele nennen. [...]

In Waren war es so, dass (...) in einer dort gehaltenen Rede ein Bogen gespannt wurde von der DDR-Zeit über die Corona-Politik bis hin zur aktuellen Situation. Und dabei wurden [...] die Corona-Maßnahmen mit dem KZ-Arzt Josef Mengele verglichen. [...] Weder wurde die Rede daraufhin abgebrochen, noch war Widerspruch zu hören.

In Rostock [...] ermittelt der Staatsschutz aufgrund eines möglichen Mordaufrufs auf einer Demonstration. Dort fielen am 19. September 2022 nach der Parole „Olaf Scholz ist nicht unser Kanzler“ aus der Menge deutlich hörbar die Worte „Scholz an die Wand!“

Am 25. September 2022 hat ein Mitglied der Partei „dieBasis“ eine Demonstration in Lubmin organisiert. Der Organisator fiel schon während der Corona-Demos in Greifswald damit auf, das er ein „Nürnberg 2.0“ forderte, womit er ganz klar auf die Nürnberger Prozesse anspielte. [...]

Ich könnte meine Aufzählung noch eine ganze Weile fortsetzen, aber ich denke, mein Punkt ist klargeworden: [...] Die rechtsextremen, verfassungsfeindlichen Auffälligkeiten auf den sogenannten Montagsdemos sind keine Einzelfälle. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Ich rufe [...] dazu auf, genau darauf zu achten, wer die Demonstrationen anmeldet, wer dort mitläuft und was von den Redner/-innen gesagt wird. [...] Und alle Teilnehmer der Demonstrationen gegen die Energiepolitik fordere ich dazu auf, sich [...] von Rechtsextremisten und Verschwörungsmysthiker/-innen zu distanzieren.

(Thore Stein, AfD: Mystiker/-innen!)

Zeigen wir diesen Menschen, dass wir zwar oft unterschiedlicher Meinung sind, uns aber geschlossen gegen die Feinde unserer Verfassung stellen! Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

■ René Domke, FDP:

„Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] ich glaube, das machen wir tagtäglich, dass wir die Meinungsfreiheit in Deutschland verteidigen [...] – hier im Plenum, draußen auf der Straße, im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, zu denen wir uns natürlich auch selber zählen.

[...] ich sehe die Meinungsfreiheit in Deutschland überhaupt nicht als gefährdet an.
[...]

Das beste Beispiel, dass die Meinungsfreiheit funktioniert, haben wir gerade in einer Debatte erlebt, wo viele Meinungen ausgetauscht, teilweise auch gebrüllt wurden. Aber auch das gehört zur Meinungsfreiheit dazu.

[...] Die Verteidigung der Meinungsfreiheit ist Teil der DNA der Liberalen, und für uns steht die Freiheit der Menschen an oberster Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut [...] und von den Urhebern unserer Verfassung aus den historischen Erfahrungen, die dieses Land machen musste, in das Grundgesetz aufgenommen. [...]. [...] es gehört zum Umgang von uns Liberalen, aber sicherlich auch aller Menschen, dass man andere Meinungen respektiert, gerade auch die, die man nicht teilt. [...]

Und ich für meinen Teil kann für mich in Anspruch nehmen, dass ich [...] dankbar bin für eine andere Meinung. Ist es nicht die höchste Form kommunikativer Anerkennung, dass jemand mich an seinen Gedanken teilhaben lässt, mir seine eigene Meinung öffnet? [...] Das ist doch eine wertvolle Sache im Umgang miteinander, im respektvollen Umgang miteinander. Es eröffnet ja auch mir die Möglichkeit, einen Perspektivwechsel einzunehmen, besser zu verstehen.

[...] schwierig [...] wird es immer dann, wenn [...] derjenige, der sich auf die freie Meinungsäußerung beruft, erwar-

tet, dass diese eine Meinung unkritisch übernommen wird. Schwierig wird es immer dann, wenn derjenige, der sich auf die freie Meinungsäußerung beruft, selbst eine gegenteilige Meinung nicht akzeptieren [...] oder sie nur schwer ertragen kann.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Schwierig ist es immer dann, wenn derjenige, der sich auf die freie Meinungsäußerung beruft, verlangt, dass jemand anderes sich überhaupt diese Meinung anhören muss. [...] darauf gibt es keinen Anspruch.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE, FDP und
Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] zu den Protesten. Ich muss zugeben, dass ich nicht den Eindruck habe, dass irgendjemand hier im Haus die Demonstrationen per se nicht ernst nimmt. [...] es verdient grundsätzlichen Respekt, dass Menschen überhaupt die Überlegung treffen zu sagen, ich gehe für meine Meinung auf die Straße – das ist sehr hoch anzuerkennen [...]

wir setzen uns doch mit den Protesten auch inhaltlich auseinander. Das machen wir doch hier schon fast in jeder Sitzung, dass wir die Themen, auch die, die draußen diskutiert werden, hier doch reflektieren [...] und nach Lösungen suchen. [...] es gibt nur verschiedene Lösungsansätze. [...]

Ich habe alles kennengelernt auf diesen Demonstrationen. [...] Und da habe ich oft den Eindruck, dass wir nicht mehr in der Lage sind als Gesellschaft, Meinungen und Gegenmeinungen auszuhalten [...]

■ Falko Beitz, SPD:

„Demonstrationen sind berechtigter Bestandteil einer lebendigen Demokratie.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Ich möchte mit einem [...] Sprichwort beginnen: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Angst lähmt, [...] engt unseren Fokus ein und mit Angst beschränken wir uns auf das Erkennen von Bedrohungen. Und mit dieser Angst sollte man nicht spielen.

[...] natürlich nehme ich die in vielen Fällen nachvollziehbaren Demonstrationen [...] sehr ernst [...]. Hohe Energiepreise, gerade in kleinen Haushalten oder [...] mit kleinen und mittleren Einkommen, bei Rentnerinnen und Rentnern, hohe Energiepreise belasten insbesondere kleine Unternehmen, und [...] gefährden Arbeitsplätze. Und für viele Menschen steht die Frage im Raum, ob sie im nächsten Winter eine warme Wohnung haben und ob sie diese bezahlen können. Diese Ängste sind nachvollziehbar und auch die Demonstrationen aufgrund dieser Ängste ebenso. [...]

Das Demonstrationsrecht [...] ist eines der höchsten Güter in unserem Land. In Grundgesetzartikel 8 lautet es: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Und [...] blickt man auf die Demonstrationen im Land [...], so muss man festhalten, sie sind berechtigter Bestandteil einer lebendigen Demokratie. [...]. Aber man muss schauen, mit wem man [...] dort auf der Straße steht. Und wenn in Lubmin, [...] ein Andreas Kalbitz frei sprechen darf, der im Übrigen Ihre Partei verlassen musste, weil er zu weit rechts außen war,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)



Foto: Uwe Sinnecker

Falko Beitz (SPD) während der Aussprache im Plenum

wirft das große Fragezeichen auf. Wenn man in Sachsen Galgen bei Demonstrationen mitführt, an denen Politiker hängen sollen, dann ist eine Grenze überschritten [...].

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Thomas Krüger, SPD: So ist es.)*

Wenn letztlich demokratisch gewählten Regierungen die Legitimation abgesprochen wird, spätestens dann sollte jeder Demonstrant [...] den Platz verlassen haben.

Die AfD hat diese Aktuelle Stunde bewusst gewählt. Bereits im Titel wird deutlich, er impliziert einen Spaltungsversuch, er unterstellt, dass wir eingeschränkte Grundrechte haben, und damit entlarvt sich die AfD hier selbst. Der Protest wird genutzt, um aus Ängsten Kapital zu schlagen. Das ist Ihre Methode. Und Sie haben es selbst angeführt, nach 2015 mit der Antimigrationsbewegung haben Sie versucht, Ihre Partei durch eine Frischzellenkur von einer toten Partei zu hangeln – von Protestpotenzial zu Protestpotenzial. Es folgte Corona, das funktionierte ein bisschen am Anfang, und als die Menschen mit dem Virus in Kontakt kamen und begriffen, dass es auch sie selbst treffen kann, dass ihre Familie betroffen sein kann, dass es im Umfeld schwere Verläufe gibt, dann haben die Menschen begriffen, dass Sie dort groß mit Wind und Luft unterwegs sind. [...]

[...] jetzt sind Sie in dieser Energiekrise unterwegs, mit einer Wende 2.0 [...] zu fabulieren, und das maximal unglaublich. Der Bundesschatzmeister der AfD Carsten Hütter schreibt etwa in seinen Social-Media-Foren, Zitat: „Wir haben nicht für die deutsche Einheit gekämpft, damit wir von grünen Kommunisten regiert werden.“

*(Nikolaus Kramer, AfD:
Das ist auch richtig so.)*

Da sei mal die Frage erlaubt, wie dieser Mann für die deutsche Einheit gekämpft hat, ein Mann, der in Unna geboren wurde und zur Wendezeit Soldat bei der Bundeswehr war.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)*

Ich will das nicht ins Lächerliche ziehen. Vergleiche mit der friedlichen Revolution von 1989 verbieten sich aus Respekt vor den mutigen Menschen in der DDR, die für ihre Freiheit auf die Straße gingen.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wo waren Sie denn da, dass Sie sich
darüber hier ein Urteil erlauben?)*

Menschen demonstrierten in einer Diktatur für ihre Freiheit, und zwar mit der Angst, dafür [...] ins Gefängnis zu gehen. Heute sind Demonstrationen polizeilich geschützt. Schauen Sie nach Russland und in den Iran, wenn Sie eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit sehen wollen [...].

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Glocke der Präsidentin)*

[...] die aktuelle Krise hat ohne Zweifel tiefgreifende Auswirkungen. Die Ministerpräsidentin hat es in ihrer gestrigen Regierungserklärung deutlich gemacht, wie die Regierung damit umgeht, dass sie Menschen [...] in der aktuellen Situation ernst nehmen, dass sie Menschen, die Unterstützung benötigen, auch Unterstützung geben wird, dass Unternehmen, die Unterstützung benötigen, diese auch bekommen, [...], niemand wird alleingelassen. Das ist das Versprechen unserer Landesregierung und das ist im Übrigen auch das Versprechen des deutschen Bundeskanzlers [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)*

Und die Tatsache, dass Sie aufrufen, demokratisch gewählten Politikerinnen und Politikern nicht zu glauben, lässt tief blicken. Sie können das ja in der Sache immer kritisieren. 200 Milliarden, um Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen von hohen Energiepreisen zu entlasten! Ich erwarte keinen Applaus, aber Sie bringen gebetsmühlenartig von Sitzungswoche zu Sitzungswoche [...] immer wieder die gleichen Argumente, wohl wissend, dass sie uns nicht weiterbringen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Fossile Energieträger stärker nutzen, Kernkraft ausbauen, Gas und Öl aus Russland. Schönen Dank!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Demonstrationen und freie Meinungsäußerungen haben Grenzen, wenn Versammlungen eben nicht mehr friedlich sind, wenn Meinungsäußerungen dazu gebraucht werden, andere Grundrechte anzugreifen, Grundrechte wie Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Artikel 2: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“, Artikel 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Leben
Sie das doch mal! Leben Sie das doch selbst
einmal, was Sie da vorgelesen haben!)*

Artikel 4: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnis-

ses sind unverletzlich“. [...] wo Hass und Hetze auf Politikerinnen und Politiker treffen,

*(Enrico Schult, AfD: Was ist „Hass und Hetze“?
Können Sie das mal definieren, Herr Beitz?)*

wo die Demokratie als solche und die Grundordnung der Bundesrepublik infrage gestellt werden, sind rote Linien überschritten. Wir werden als SPD-Fraktion selbstverständlich für die freie Meinungsäußerung eintreten, auch für die der AfD [...] und wir werden auch dafür sorgen, dass die Gegendemonstranten, die der AfD lautstark mitteilen, was sie von Spaltung und Hetze halten, gleichermaßen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen können.

Und eines [...] noch [...]: Erklären Sie mir bitte unter Bezug auf die heutige Überschrift [...],

(Enrico Schult, AfD: Machen wir gleich!)

bei den Demos von „Fridays for Future“ habe ich Sie noch nicht gesehen.

*(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD,
und Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Doch, waren wir auch.)*

Nehmen Sie [...] als AfD diese Proteste gleichermaßen ernst? – [...]

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*



Foto: Uwe Sinnacker

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Regierungserklärung am 5. Oktober 2022.

Energiekrise MV ist Teil der Lösung

Die Entlastungspakete sind ein gemeinsamer nationaler Kraftakt von Bund und Ländern

■ Die Regierungserklärung der Oktober-Sitzungswoche zum Thema „Aktuelle Situation der Energieversorgung“, flankiert von drei Anträgen und drei Änderungsanträgen, mündete in einer vierstündigen Debatte.

SPD und DIE LINKE forderten verlässliche Antworten für die Menschen. Die Entlastungspakete des Bundes müssten konkreter und schneller kommen und wo nötig mit Landesmitteln ergänzt werden.

Der Antrag der AfD drang auf die Nutzung von fossilen Energieträgern, Kernkraftwerken und des intakten Nord Stream-Stranges.

Im CDU-Antrag ging es hauptsächlich um einen unbürokratischen Preisdeckel für alle Energiearten.

Nach den Ausführungen der Ministerpräsidentin zu den energiepolitischen Maßnahmen des Landes und den Entlastungspaketen des Bundes, ergriffen pro Fraktion mehrere Abgeordnete sowie der Wirtschaftsminister das Wort. Der Tenor der Reden war, die Probleme der Energieversorgung mit Nachdruck anzupacken. Alle Fraktionen kritisierten, dass die Entscheidungen der Bundesregierung zu zögerlich kommen.

Die beiden Anträge und Änderungsanträge der Opposition fielen durch, der Antrag und Änderungsantrag der Regierungskoalition wurden angenommen.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) betonte drei Dinge für die Krisenbewältigung: sichere Energieversorgung, Energiesparen und bezahlbare Energiepreise.

Da MV „doppelt so viel Strom aus erneuerbarer Energie [produziert] als wir selbst verbrauchen“, müsse sich das für die Menschen im Land „in fairen Strompreisen widerspiegeln“.

In Lubmin hätten die Bauarbeiten für ein LNG-Terminal begonnen. Der Hafen Rostock versorge Schwedt mit Öl. „MV ist Teil der Lösung. Wir wollen, dass das anerkannt wird“, verlangte die Ministerpräsidentin.

Dennoch blieben bei den Menschen Ängste, dass sie „alles verlieren, was sie sich in den letzten Jahrzehnten aufge-

baut haben“. Darum brauche es einen Energiepreisdeckel, der Strom, Gas und Wärme umfasst. Das habe den Vorteil, dass nicht hinterher mit Hilfen und Antragsverfahren unterstützt werden müsse, sondern es könne geholfen werden, bevor Notlagen entstünden.

Der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD) wunderte sich, dass die Regierungserklärung die Sabotage an den Nord-Stream-Pipelines mit keinem Wort erwähnte. Dabei sei das „nichts weniger als ein Angriff auf die europäische Energieversorgung und nichts weniger als ein Angriff auf unser Land“ gewesen. Eine Möglichkeit zur kurzfristigen Lösung der Energiekrise wurde genommen. „Angesichts dieser existenziellen Krise“ im Land müssen alle Energieträger in Betracht gezogen werden. Mittelfristig gehöre dazu, sich für eine Laufzeitverlängerung der Kohlekraftwerke und für einen innovativen Ausbau der Kernenergie einzusetzen. „Aufbau statt Rückbau lautet die Devise“, unterstrich der Politiker. Entlastungen seien wichtig, aber es brauche eine Perspektive für das Land und die Bürger. Dazu gehörten „sofortige Entlastung, ohne Umwege“, einschließlich der Aussetzung von Steuern und Abgaben, besonders auf Erdgas sowie beim Kraftstoff.

Wenigstens gebe es nun auf Druck der Länder eine Gaspreisbremse, stellte der Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Liskow** (CDU) fest. „Das ist die gute Nachricht“, fuhr der Abgeordnete fort. Der Bund müsse endlich das Modell der Preisbremse vorstellen. Der Politiker plädierte dafür, sein einst im Plenum beschriebenes, einfaches und nachvollziehbares Modell anzuwenden. Bezugsgröße sei der Verkaufspreis vom 24. Februar, der mit einem Aufschlag versehen werde. „Und die Differenz zwischen dem Markt- und Verkaufspreis bezahlt der Staat.“ Wichtig sei, „dass es schnell passiert“. Weitere Optionen seien die Laufzeitverlängerung bei Kernkraftwerken, eine Zufallsgewinnsteuer oder die Aussetzung des Merit-Order-Prinzips, wonach sich der Preis am teuersten Gaskraftwerk orientiere. Franz-Robert Liskow warnte, „dass die Zukunft der Industrienation Deutschland nicht leichtfertig verspielt werden darf“



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Politik müsse handeln, so Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE), besonders in Zeiten der Krise. „Diese Landesregierung hat klug und weitsichtig gehandelt, als sie der Bundesratsinitiative von Bremen zur Abschöpfung von Übergewinnen beigetreten ist“, hob die Abgeordnete hervor. Dieses „beherzte und kluge Anpacken“ vermisse sie auf der Bundesebene: „Die Ampel bleibt immer noch wichtige Antworten schuldig.“

Andere europäische Länder bekannten sich längst zum Energiepreisdeckel. In Deutschland ginge es durch die Schuldenbremse nicht. „Es ist aus politischer, sozialer und ökonomischer Sicht zwingend erforderlich, dass diese heilige Kuh endlich geschlachtet oder zumindest ausgesetzt wird“, ließ die Parlamentarierin keinen Zweifel. Es gebe Entlastungen, aber diese kämen für viele spät oder zu spät. „Und ich fürchte, das reicht nicht aus“, sorgte sich Jeannine Rösler.

Fraktionsvorsitzender **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigte sich über das 200-Milliarden-Paket des Bundes erfreut. Die Erwartungen und Forderungen der Bürger an die Politik bestünden zu Recht. Bei ihm sei die Zuversicht gewachsen, weil Entlastungspakete gegriffen haben. Ebenso wichtig sei, dass in dieser Zeit eine Bereitschaft bestünde, „auch bei Differenzen in der Not zusammenzustehen.“ Die Erwägung der Ministerpräsidentin, den Härtefallfonds vorzuziehen und in akuten Notsituationen zu helfen, sei richtig, stimmte der Abgeordnete zu. Genauso



Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler (DIE LINKE)



Fraktionsvorsitzender René Domke (FDP)



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer

seien die Maßnahmen auf Bundesebene, für diejenigen in größter Not, ein richtiger Schwerpunkt. Hinzu kämen die Aktivitäten des Landes beim Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Energieeinsparung. Dr. Terpe betonte, dass die Politik der Bevölkerung das Signal sende, dass sie nicht allein gelassen würden: „Und dieses Signal ist richtig.“

Fotos: Uwe Sinnacker



Abgeordnete der Fraktionen AfD, FDP, CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und SPD

Gäste auf der Besuchertribüne im Plenarsaal.
Interessierte können sich unter folgender Mail-
Adresse anmelden: besucherdienst@landtag-mv.de.

Dennoch bliebe die Frage, erwiderte **René Domke** (FDP), „warum uns diese Herausforderung so eiskalt erwischt und warum wir nicht auf diesen Ernstfall vorbereitet waren“. Die Energiepolitik der vergangenen Jahre habe Deutschland bei gleichzeitigem Atomausstieg abhängig gemacht. Der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien wäre nötig gewesen. Sicherlich werde es gelingen, „die größten Härten abzufedern, aber nicht alles“.

Die FDP wolle auch nicht, dass die über Jahrzehnte hart erarbeiteten Rücklagen aufgebraucht würden. Der Fraktionsvorsitzende bemängelte, in der Regierungserklärung nicht viel „über konkretes Handeln hier im Bundesland“ gehört zu haben. „Warum reden wir nicht über ein landesweites Belastungsmoratorium?“ Er regte „eine gesunde Mischung aus preisstabilisierenden Elementen einerseits und Anreizen für einen sparsamen Umgang mit dem knappen Gut andererseits“ an.

Die Erarbeitung und die Umsetzung der Hilfsmaßnahmen, fielen nicht vom Himmel, hob der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (SPD) hervor. Da habe MV auf der Bundesebene auf „alle wesentlichen Beschlusspapiere“ Einfluss nehmen können. Aus dem im September eingebrachten Antrag der MV-Koalition seien wesentliche Festlegungen und Positionen nicht nur auf der Ministerpräsidentenkonferenz, sondern auch als Beschlussvorlage der Bundesregierung berücksichtigt worden.

Mecklenburg-Vorpommern sei nicht nur das Land zum Leben, sondern auch ein Land zum etwas bewegen – im Kreis der Bundesländer und auf der Bundesebene. Wichtige Punkte blieben dabei, die Versorgung zu sichern und eine Mangellage gar nicht erst eintreten zu lassen, die Energiesouveränität schneller durch mehr erneuerbare Energien zu fördern und die Menschen sowie die Wirtschaft insgesamt zu entlasten. Jetzt käme es darauf an, „dass die Dinge wirklich und wirksam bei den Menschen ankommen“.

Politik müsse lernfähig sein – besonders in der Krise, bilanzierte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Dies habe sich bei der Ministerpräsidentenkonferenz als Vorteil herausgestellt. Politik müsse auch pragmatisch sein und Positionen überdenken.

Der entscheidende Punkt sei, dass die Energiepreisbremse komme und den Menschen die Sorgen genommen würden. Es sei der Landesregierung daran gelegen, vorn anzufangen, also beim Preis zu regeln, um hinten, bei den direkten Hilfen, nicht so viel nachsteuern zu müssen. „Deswegen ist das der richtige Weg für Deutschland und auch für Mecklenburg-Vorpommern“, zeigte sich der Minister zufrieden.

Für Hilfsmaßnahmen gelte eine „klare Reihenfolge“ mit dem bewährten „Dreiklang“: jetzt gebe es die Hilfen für akute Fälle, der Bund habe die Gaspreisbremse zu konkretisieren und bei verbleibenden Lücken springe das Land ein.

Beschluss:

Es fand eine Aussprache statt.

in Verbindung mit:

a) Antrag SPD, DIE LINKE

Drucksache 8/1356

hierzu

Änderungsantrag SPD, DIE LINKE

Drucksache 8/1404

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1407

Beschluss:

Annahme des Änderungsantrages auf Drucksache 8/1404

Annahme des geänderten Antrages auf Drucksache 8/1356

Ablehnung des Änderungsantrages auf Drucksache 8/1407

in Verbindung mit:

b) Antrag AfD

Drucksache 8/1351

hierzu

Änderungsantrag AfD

Drucksache 8/1405

Beschluss:

Ablehnung des Änderungsantrages

Ablehnung des Antrages

in Verbindung mit:

c) Antrag CDU

Drucksache 8/1406

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

EU-Vogelschutzgebiet Lewitz im Wandel

Ein Plan für die Lewitz muss vielfältigen Interessen gerecht werden

Foto: Jens Büttner



Die weiten Wiesen- und Ackerflächen der Lewitz sowie die dortigen Fischteiche sind unter Schutz gestellt.

Die Lewitz, im Dreieck Parchim, Crivitz, Neustadt-Glewe gelegen, zählt mit einer Fläche von 16.500 Hektar zu einem der größten Schutzgebiete im Land. Es ist Rastgebiet für Zugvögel genauso wie Brutgebiet für seltene Arten. Zum Gesamtökosystem gehören auch Wiesen, Wälder, Seen und eine der größten Niedermoorlandschaften Nordostdeutschlands. 63 Prozent der Lewitz werden als Ackerfläche oder Dauergrünland landwirtschaftlich genutzt.

Das Land setzt für die Lewitz bereits umfangreiche Maßnahmen im Rahmen des Moorschutzkonzepts um. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verdeutlichte mit einem Antrag, dass angesichts der Bedeutung des Gebietes für den Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität mehr notwendig wäre; vor allem schneller. Die Fraktion schlug vor, auf allen Niedermoorflächen der Lewitz den Grundwasserspiegel anzupassen, eine Natura-2000-Station einzurichten und für das Vogelschutzgebiet schon 2023 mit der Erarbeitung eines Managementplans zu beginnen.

Ziel des Antrages seiner Fraktion sei „eine umweltverträgliche Landnutzung mit Klima- und Naturschutzziele“ zu vereinbaren, erläuterte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Ansinnen.

Trotz bestehender Schutzmaßnahmen für die Lewitz sei in jüngster Zeit kein Fortschritt im Bestand seltener Wiesenvögel, wie Großer Brachvogel, Uferschnepfe oder Wachtelkönig erreicht worden. Die Naturschützer vor Ort berichteten über eine relativ intensive Nutzung der Lewitzwiesen. „Das ist nicht im Sinne der Schutzziele im Vogelschutzgebiet“, mahnte der Fraktionsvorsitzende. „Es braucht aber ebenso Änderungen im Nutzungsregime des Grünlandes.“ Und dafür sei dringend – nicht erst 2027 – ein konkreter Managementplan notwendig, befand Dr. Terpe und ermunterte seine Kollegen „gemeinsam die Schlagzahl für Natur- und Klimaschutz im EU-Vogelschutzgebiet Lewitz“ zu erhöhen.

Moorschutz habe eine hohe Bedeutung für die Landesregierung, versicherte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD): „Wenn wir bis 2040 CO2-

neutral werden wollen – und müssen – dann muss mehr passieren.“

12,5 Prozent der Landesfläche, fast 300.000 Hektar, seien Moore. Davon könnten 130.000 Hektar renaturiert werden. Knapp 40.000 Hektar seien renaturiert oder im Prozess der Renaturierung. Das sei „schon eine gewaltige Leistung“, gab der Minister zu bedenken. Die Lewitz sei ein gutes Beispiel, wo es einer Gesamtlösung bedürfe, wo Moorschutz „als gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess verstanden werden muss“, vor allem aber im Einklang mit den AgARBetrieben und mit Akzeptanz der Bevölkerung. In der Lewitz werde man „nicht den zweiten vor dem ersten Schritt machen können“, sondern einen Managementplan auf die gerade erarbeiteten Analysen und Studien aufbauen.

Thore Stein (AfD) merkte an, dass selbst ein Schutzgebiet wie die Lewitz eine durch den Menschen geformte Kulturlandschaft sei. Vor allem durch die Entwässerung sei vieles verloren gegangen. Der seit der Wende verfolgte „konsequente Naturschutzgedanke“ müsse in „einem ausgewogenen Verhältnis“ zu den Nutzungsansprüchen der Menschen stehen. Die Lewitz sei von Landwirtschaft mit relativ „geringer Eingriffstiefe“ in den Naturhaushalt geprägt. Dazu gehörten die Weidehaltung, die Pferdezucht und primär die Grünlandwirtschaft. Er wolle auch ansprechen, dass die Lewitz zum Wasserhaushalt des Schlossparks Ludwigslust beitrage. Sollten die Wasserstände in der Lewitz für die Moorvernässung angehoben werden, würde das Konsequenzen in Ludwigslust haben. Solche Dinge dürften nicht außer Acht gelassen werden und darum lehne die AfD den Antrag ab.

Für **Wolfgang Waldmüller** (CDU) machte vor allem die beabsichtigte Natura-2000-Station wenig Sinn. Sie sei mit „erheblichem finanziellen und personellen Aufwand“ verbunden, ohne Vorteile für

die dort wohnenden und arbeitenden Menschen. Bei der Ausweisung des Vogelschutzgebietes sei den Landeigentümern und Nutzern einst zugesagt worden, dass die bestehenden Nutzungsformen unverändert blieben. Der CDU sei daran gelegen, dass die Wiedervernässung von Mooren nur im Einvernehmen mit den Betroffenen erfolge. Das erfordere auch Ausgleichszahlungen bei Nutzungseinschränkungen oder Ertragseinbußen.

Unklar war für Wolfgang Waldmüller, woher angesichts der Klimasituation ausreichend Wasser für die Anhebung des Grundwasserspiegels in der Lewitz kommen solle.

Er empfehle, zu prüfen, ob die Verluste in der Vogelwelt von natürlichen Feinden verursacht würden. „Schnellschüsse“ wie im vorliegenden Antrag lehne die CDU ab.

DIE LINKE teile grundsätzlich die Ansicht, dass „in einem so wichtigen Gebiet“ eine angepasste Nutzung benötigt werde, bestätigte **Daniel Seiffert** für seine Fraktion. Der Unterschied liege im Weg dahin. Der schwerwiegende Eingriff durch die Entwässerung bliebe eine „Bürde aus der Vergangenheit“. Die Lewitz habe nicht nur einen hohen Wert für die Vogelwelt, sondern auch für die Landwirtschaft, wie zum Beispiel für das Gestüt Lewitz mit seinen 5.000 Pferden. Aufgrund der komplexen hydrologischen Bedingungen „aber auch weil es viele unterschiedliche Flächeneigentümer gibt, müssen wir aufpassen, dass wir Naturschutz mit den Flächennutzern und nicht gegen sie hinbekommen“, betonte der Abgeordnete.

Die Managementpläne für die Vogelschutzgebiete seien in Arbeit. „Mehr und schneller ist wünschenswert“, aber durch personelle Engpässe unrealistisch. Daher könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Auch die FDP lehne den Antrag ab, teilte **Sandy van Baal** mit. Sie erkenne in der Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einer „Etablierung eines moorschonenden Grundwasserspiegels für alle Niedermoorflächen in der Lewitz“ und der im Antrag erwähnten Abstimmung mit den Landnutzern einen Widerspruch.

Die FDP sei für Natur- und Umweltschutz, aber was hier vorgeschlagen werde, würde nicht im Einklang mit al-



Foto: Jens Büttner

Die ausgedehnten Wiesenflächen sind ein beliebtes Vogelrastgebiet.

len Nutzern möglich sein. Einen „derart weitgehenden Beschluss, der in das Eigentum von unzähligen Menschen eingreift“ könne die FDP nicht mittragen. Eine Natura-2000-Station bringe zusätzliche Bürokratie und somit Kosten. Es existierten schon zahlreiche Verwaltungsstrukturen. Hinsichtlich des Managementplans sei die Arbeit dazu für 2027 geplant. Abgesehen von der erforderlichen „gigantischen Menge an Arbeit“ - würde der Plan vorgezogen, blieben andere Dinge liegen.

Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) war es wichtig klarzustellen, dass die Naturschutzziele im Land nicht „aus den Augen verloren wurden“. Im Gegenteil: Viele Initiativen wie die ökologischen Wertpapiere „Moor-Futures“ seien in MV erdacht worden. Allerdings, „all diese Maßnahmen kosten Geld“ und eine weitere Natura-2000-Station würde erhebliche Ressourcen binden.

Auf dem Dauergrünland der Lewitz wirtschafteten acht landwirtschaftliche Betriebe mit Schwerpunkt Milchviehhaltung. Das feuchte Grünland sichere auch in trockenen Jahren eine auskömmliche Futterproduktion. Die Landwirte seien Eigentümer oder Pächter dieser Flächen. „Eine partielle Anhebung des Grundwasserspiegels, so dies überhaupt noch möglich ist, bedarf der Zustimmung der Eigentümer.“ Sie schlage die Nutzung von Paludikulturen, wie Schilf oder Biomasse, als einen gangbaren Weg für die Zukunft vor. Aber das brauche seine Zeit. „So wie der Antrag jetzt formuliert ist, können wir nicht zustimmen.“

Die Vernässung der Moore sei nur langfristig erreichbar, stimmte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) am Ende der Debatte zu. Förderziele ändern sich im Laufe der Jahre, genauso wie sich eine menschengemachte Kulturlandschaft permanent weiterentwickelt. Dennoch sei es nicht verkehrt, mit dem Managementplan oder anderen Maßnahmen früher anzufangen. Er bedaure die generelle Ablehnung des Antrages.

In der Abstimmung votierte nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Antrag, alle anderen Fraktionen dagegen.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1358*

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Natura 2000

Natura-2000-Gebiete sind ein Netzwerk von speziellen Schutzgebieten, die gefährdeten Arten von europäischer Bedeutung Lebensräume bieten. Es kommen die Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) und der Vogelschutzrichtlinie zum Tragen. Im Gegensatz dazu unterliegen Naturschutzgebiete und Nationalparks nationalen oder regionalen Verordnungen.

Neustrukturierung der kindermedizinischen Versorgung

Ein neues Rostocker Eltern-Kind-Zentrum soll die Probleme der Kinderklinik lösen

■ Das Universitätsklinikum Rostock ist als Maximalversorger verpflichtet, ein umfassendes und differenziertes Leistungsangebot für die Patienten vorzuhalten – auch über die Stadt hinaus. Die CDU war in Sorge, dass die Kinder- und Jugendklinik der Universitätsmedizin dieser Aufgabe nicht mehr gerecht werde.

In ihrem Antrag verwiesen die Christdemokraten auf die hohe Personalfluktuation. Allein im Jahr 2021 verließen zehn Fachärzte die Kinderklinik. Nach drei Neueinstellungen gingen nun noch mal sechs Spezialisten. Erst für 2023 seien neue Ärzte angekündigt. Das habe landesweite Auswirkungen auf die kindermedizinische Versorgung. Zusätzliche finanzielle Mittel allein würden das Problem nicht beheben. Die CDU schlug vor, dringende Maßnahmen zur Personalgewinnung zu ergreifen und kurzfristig Mediziner aus anderen Kliniken zu engagieren oder niedergelassene Ärzte einzubinden.

Es sei kein regionalspezifisches Thema, beschrieb **Daniel Peters** (CDU) die Dringlichkeit des Antrages seiner Fraktion, sondern es ginge um die Gesundheitsversorgung in MV. Denn als Maximalversorger befände sich die Uniklinik Rostock gemäß Landeshochschulgesetz in der Obhut und Rechtsaufsicht des Landes. Das Thema sei auch nicht neu. Fachverbände beklagten seit langem die Personalsituation. Die Gefahr einer Unterversorgung müsse die Politik „alarmieren“, gab Daniel Peters zu bedenken. Hingegen beschränke sich die Reaktion der Landesregierung auf „auszusitzen, zu beschwichtigen und mit Zahlen zu argumentieren“. Denn das Wissenschaftsministerium könne das Problem anhand der Zahlen nicht nachvollziehen. Die Personalverantwortung auf den Vorstand der Universitätsmedizin abzuwälzen, könne nicht die Antwort sein. Fakt

bliebe, hob der Parlamentarier hervor, dass Personal fehle.

Das Land habe die Stabilisierung der Kinder- und Jugendmedizin „zur absoluten Priorität erklärt“, stellte Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD) klar. Vieles in den Darlegungen der CDU sei nicht korrekt. Das „Schlechtreden“ der Kinder- und Jugendklinik Rostock müsse ein Ende haben. Das motiviere Fachkräfte nicht, sich dort zu bewerben. Zusätzliche Finanzen wurden und werden vom Land bereitgestellt. Auch der Vorstand der Unimedizin habe gehandelt und 32 Vollzeitstellen im ärztlichen Dienst ausgewiesen. Das sei „ausdrücklich nach oben offen“, bot die Ministerin an und verdeutlichte: „Die Versorgung der Kinder und Jugendlichen ist gesichert: Wer anderes behauptet, weiß es nicht besser oder will es aus parteipolitischen Klein-Klein nicht besser wissen.“ Auch Strukturveränderungen würden auf den Weg gebracht, um mit einem Eltern-Kind-Zentrum die Trennung von Kliniken zu korrigieren und Kooperation zu befördern.

Thore Stein (AfD) sah die Fürsorgepflicht für die Uniklinik Rostock bei der Landesregierung. Ein Ausfall dieses Maximalversorgers würde schwerwiegende Folgen haben. In den Spezialkliniken könne man auch nicht einfach mit Vertretungen arbeiten. Es „schockiere“ ihn, wenn der Klinikvorstand versuche, die Situation herunterzuspielen, denn die Probleme seien seit vielen Jahren bekannt. Offenbar gebe es hier „ganz klare strukturelle Defizite“. Die führten dazu, dass Eltern für die Behandlung ihrer ernsthaft kranken Kinder weite Wege auf sich nähmen. Das sei ein „Armutzeugnis für ein Wohlstandsland“, urteilte der Abgeordnete.

Er zweifelte, ob Arbeitsgruppen etwas brächten, wo doch Bedarf an medizinischer Behandlung bestünde. Er verurtei-

le „parteipolitisches Geplänkel auf dem Rücken kranker Kinder“. Trotz jahrelanger politischer Verantwortung der CDU müsse der Antrag respektiert werden.

Torsten Koplin (DIE LINKE) legte bei diesem wichtigen und ernsten Thema den Fokus auf die Patienten und besonders die Kinder. Die Regierungskoalition sei sich der Verantwortung bewusst und nehme sie an. Die CDU hingegen wolle durch den Abzug von Personal aus anderen Standorten „im medizinischen Bereich karnalisieren“.

Die medizinischen Versorgungsbereiche zu trennen, sei 1998 „eine fatale Entscheidung“ gewesen. Dieser Fehler sei nun korrekturbedürftig. Dazu habe die Gesundheitskommission ihre Arbeit aufgenommen. Als Priorität werde sie die Situation analysieren und „einen qualifizierten und tragfähiger Vorschlag“ für die Geburtshilfe sowie Kinder- und Jugendmedizin erarbeiten.

Der Abgeordnete könne sich gut vorstellen, die Fachkräfteoffensive des Bildungsministeriums für die Personalwerbung im Medizinsektor zu adaptieren.

Es sei richtig, so der Fraktionsvorsitzende **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dass der Fokus auf den Patienten liege. Er bat darum, auch die Perspektive der Mitarbeiter, die an der Klinik geblieben seien, einzunehmen. Sie hielten unter sehr schwierigen Bedingungen die Versorgung der Kinder aufrecht. Sie müssten aushalten, bis der Politik Verbesserungen gelängen.

Die Professorenstellen zu besetzen, sei wichtig. Das bedeute aber nicht, dass die Kinder nicht von Fachleuten behandelt würden. Darum sei es „unverantwortlich“ von schlechter Qualität zu reden. Dennoch, es brauche eine tragbare Lösung mit „verlässlichen Zukunftsaussichten“. Strukturentscheidungen, wie zum Beispiel zum Aufbau des Eltern-Kind-Zentrums, würden ebenfalls zur Verbesserung der Situation beitragen. Da sei das Land in der Verantwortung, denn die „Zuständigkeit liege beim Wissenschaftsministerium“.

Die FDP werde dem Antrag der CDU zustimmen, kündigte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP) an. Sie weise den Verdacht der Skandalisierung des Themas zurück. Die Probleme werden täglich an ihre Fraktion herangetragen. Es stimme: „Die Qualität der Versorgung in Rostock

ist nicht schlecht“. Aber Eltern und Bevölkerung sorgten sich. Es müsse alles für die Wiederherstellung des Vertrauens in den Universitätsstandort getan werden. Denn seit 2013 habe die Uniklinik Probleme, ihrer Aufgabe als Maximalversorger gerecht zu werden. So würden die Kinder zu Kinderherzspezialisten nach Hamburg oder Berlin geschickt.

Die „Universitätsmedizin Rostock zählt zu den Leuchttürmen unseres Landes“. Das müsse auch wieder „in den Bereich Kindermedizin einkehren“. Der FPD ginge es hier um Lösungen. „Es ist keine Zeit mehr für Bemühungen. Wir brauchen Ergebnisse“, war der Politikerin wichtig zu verdeutlichen.

Christine Klingohr (SPD), vertrat den Standpunkt, dass sich alle Menschen, aber gerade Kinder, „auf eine qualitativ hochwertige, erreichbare und langfristig finanzierbare Gesundheitsversorgung verlassen können“. Alle Beteiligten müssten beim Ausarbeiten zukunfts-fester Lösungen „an einem Strang ziehen“. Dazu gehöre, „eine gute medizinische Versorgungsstruktur zu gestalten und das benötigte Fachpersonal zu gewinnen“. Sie stimme der Ministerin zu, „dass die Uniklinik jedes Kind versorgen kann“. Da Unikliniken Ausbildungsstätten seien, gebe es überall in Deutschland eine Fluktuation beim Personal. Das sei normal. Der Wechsel von Prof. Dr. Bertsche von Rostock nach Greifswald berge auch die Chance zur Kooperation und des sektorenübergreifenden Arbeitens. Die Arbeit der „Kommission zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in MV“ werde hier ansetzen.

Daniel Peters (CDU) stimmte vielem aus der Debatte zu. Er begrüßte das Bekenntnis der Ministerin zu ihrer Zuständigkeit. Aber der Opposition eine Kampagne zu unterstellen, um die Unimedizin in Rostock schlechtzureden, wies er zurück.

Der Landtag sei dazu da, Probleme und Herausforderungen anzusprechen. Es sei der Berufsverband, der von „katastrophalen Zuständen“ in der Uniklinik spreche. Dies seien hausgemachte Probleme durch die Einsparung von Stellen – seiner Ansicht nach eine völlig falsche politische Entscheidung. Dem Dank von Dr. Terpe an die Klinikmitarbeiter schloss er sich gern an.

In der Abstimmung enthielt sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, während CDU, FDP und AfD für den Antrag stimmten und SPD und DIE LINKE dagegen votierten.

Antrag CDU

Drucksache 8/1359

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Katastrophenschutz

Der Landeskrisenstab überprüft die Einsatzbereitschaft kritischer Infrastruktur und deren Notfallpläne

■ **Seit dem Ukraine-Krieg ist eine Gasnotlage in Deutschland zu einem möglichen Gefahrenszenario geworden. Wenn es zum länger andauernden Versorgungsausfall kommt, sind dann die Strukturen des Katastrophenschutzes verlässlich? Haben die Betreiber kritischer Infrastrukturen ihre Notfallpläne für den Krisenfall ausgearbeitet?**

Diese und weitere Fragen zum Thema Katastrophenschutz rückte die FDP mit ihrem Antrag in den Blickpunkt des Parlaments.

Im Mai 2022 habe die Landesregierung einen Krisenstab ins Leben gerufen, der die kritischen Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Versorgungsstellen oder Tankstellen erfasst, prüft sowie deren Notfallpläne durchsieht, nun interessierte die Freien Demokraten der aktuelle Stand der Vorbereitungen.

Auch wenn er hoffe, dass eine Gasman-gellage nie eintreten möge, begründete **David Wulff** (FDP) den Antrag seiner Fraktion, müsse man sich darauf einstellen. Bei der Erörterung des Themas im Innenausschuss sei der Eindruck entstanden, dass die Sache nicht „so richtig rund läuft“. Bisher sei der Katastrophenschutz von lokal begrenzten Schadensereignissen ausgegangen. Ein lange andauernder Gasmangel könne sich zu einer nationalen Gefahrenlage ausweiten und dann auch den Ausfall von Strom, Kommunikation und Wasser

nach sich ziehen. Dann müsse an „unendlich verschiedenen Stellen“ koordiniert werden. Darum sei es jetzt notwendig, bei der Bestückung des Lagers des Landeskatastrophenschutzes und bei Reservegeräten für Hilfsorganisationen vorzusorgen. Der Abgeordnete drang auch auf die Ausarbeitung von Informationsmaterialien für die Bürger, damit sie sich auf eine gewisse Selbstversorgung einrichten könnten.

Auf Gasmangel und Stromausfall müsse sich auf allen Ebenen vorbereitet werden, bestätigte Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Auch wenn der bundesweite Katastrophenschutz jahrzehntelange Erfahrung habe, wäre der gleichzeitige Ausfall von Gas und Strom „sicherlich ein Punkt, der neu ist“. Der Innenminister versicherte, dass der Krisenstab seit Monaten mit allen Katastrophenschutzorganisationen, Landkreisen und kreisfreien Städten die Pläne durchgehe. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und basierend auf Überlegungen des Bundes wurde der Ausfall der lokalen oder landesweiten Gasversorgung, mit und ohne Stromausfall durchgespielt. Ziel sei gewesen, die kritischen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten und die Gas- und Stromversorgung schnell wieder herzustellen. Zusätzlich wurde mit einer Impact-Analyse die Krisenfestigkeit der Maßnahmen geprüft. MV habe früher als andere Bundesländer damit begonnen, so Minister Pegel, sei „aber noch nicht am Ziel“.

Jens-Holger Schneider (AfD) verwies auf den Innenausschuss, wo eigentlich alle Punkte des Antrages besprochen wurden. Bezüglich der Informationen für die Bürger gebe es auf der Internetseite des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) eine Checkliste. Diese könne vom Land mit Details zu den Versorgungs-



Foto: Jens Büttner



Unter Katastrophenschutz werden alle Maßnahmen zusammengefasst, die getroffen werden, um Menschen und Umwelt vor der Entstehung oder im Falle einer Katastrophe zu schützen.

punkten für die Bevölkerung vervollständigt werden. Denn falle der Strom aus, falle auch das Internet aus. Darum könne es sinnvoll sein, sich ein Radio mit Handkurbel zum Aufladen zuzulegen. Für die AfD seien „grundsätzliche Fragen“ offen, zum Beispiel: „Wie viele Stunden halten die Krankenhäuser durch?“ Oder haben die Tankstellen Notstromaggregate?

Die AfD enthalte sich des Antrages und bat darum, sich noch mal den „ganz konkreten Fragen“ zu widmen.

Der Katastrophenschutz funktioniere in den meisten Landkreisen, teilte **Marc Reinhardt** (CDU) mit. Ob er aber für ein Szenario funktioniere, das wir uns alle nicht wünschten, „das wissen wir heute nicht“. Der Kreis Mecklenburgische Seenplatte habe Tankstellen ausgesucht, die im Bedarfsfall Notstromaggregate erhielten, „damit zumindest die Blaulichtorganisationen, THW und Feuerwehren“ tanken könnten. In der letzten Legislaturperiode wurde für den Katastrophenschutz hinsichtlich Ausrüstung und mit der Landesschule in Malchow viel erreicht. Aber für die Gerätehäuser und Autos der Feuerwehr brauche es mehr Geld, forderte der Redner: „Alles, was wir dort investieren, investieren wir ja nicht nur in den Brandschutz, das investieren wir auch in den Katastrophenschutz.“ Darum möge die Regierungskoalition „den warmen Worten auch Taten folgen zu lassen“.

Michael Noetzel (DIE LINKE) brachte an, dass die Organisation und die Strukturen des Katastrophenschutzes in den Fällen funktionieren müssten, „die es im besten Fall gar nicht geben sollte“. Die Koalition „werde alles tun, um einen Katastrophenfall, eine strukturelle Gas- und Strommangellage zu vermeiden“. Der Krisenstab des Landes und alle Beteiligten „hätten einen strategischen Vorteil“, berichtete der Politiker. Sie müssten sich nicht erst miteinander einspielen, da der Stab bereits seit dem Aufkommen der Omikron-Welle und der steigenden Zahl Schutzsuchender aus der Ukraine arbeite. Im Mai 2022 wurde einer der umfassendsten Prüfungsprozesse im Bereich des Katastrophenschutzes auf Kreis-, beziehungsweise kommunaler Ebene angeschoben. Auch wenn noch nicht alles komplett abgeschlossen sei, könne er bestätigen, „dass wir auf einem guten Weg sind“.

Dem konnte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nicht zustimmen, denn MV weise beim Katastrophenschutz einigen Nachholbedarf auf.

Obwohl die Landkreise und kreisfreien Städte Katastrophenschutz umsetzen, sei er auch Aufgabe des Landes. Insbesondere dann, wenn die Auswirkungen einer Katastrophenlage nicht lokal begrenzt seien. Seine Fraktion habe von den Landkreisen erfahren, dass die Notfallpläne für simultane Gas- und Stromausfälle nicht vorlägen. Dies hätte Anfang des Sommers erledigt sein müssen. Wenn erst jetzt begonnen würde, Material oder Trinkwassertanks zu beschaffen,

sorgte sich der Abgeordnete, „sei das wirklich ein bisschen zu spät“. Er hoffe nicht, dass es nötig werde, diese Mittel jemals einsetzen zu müssen. Aber sie zu benötigen und dann keine zu haben – das wolle sich Hannes Damm wirklich nicht vorstellen. Möge der FDP-Antrag Anstoß sein, um „beim Katastrophenschutz auch mal aufs Gas zu treten“.

Martina Tegtmeier (SPD) erinnerte sich an die autofreien Sonntage seit 1973. Damals wurde Öl als politisches Druckmittel verwendet und es gab ein Energiesicherungsgesetz, wonach die Regierung die Preise für Öl deckeln konnte. Das sollte jedem „ein bisschen bekannt vorkommen“. Es gab im Laufe der Zeit verschiedene Lagen, mit denen sich der Bevölkerungsschutz weiterentwickelt und auf neue Situationen eingestellt habe. Heutzutage warne NINA, die Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes, über das Smartphone vor Gefahren. Aber ein leistungsstarker Zivilschutz funktioniere natürlich nur unter Mitwirkung aller Menschen. Darum gebe das BBK Ratgeber und Empfehlungen heraus. Die SPD halte den Antrag für „nicht wirklich rund“. Der Innenminister habe weitere Informationen zugesichert. Darum lehne ihre Fraktion das FDP-Ansinnen ab.

Mit dieser Debatte habe er das Thema breiter in die Öffentlichkeit tragen wollen, knüpfte **David Wulff** (FDP) am Ende der Diskussion an. Denn die Beratungen des Innenausschusses seien nicht öffentlich. Es sei deutlich geworden, „wir alle verfolgen das gleiche Ziel“. Er wisse von seinem Landrat, dass die Unternehmen der kritischen Infrastruktur nicht verpflichtet seien, ihre Notfallpläne dem Landkreis als der unteren Katastrophenschutzbehörde mitzuteilen. „Das ist ein Problem in der aktuellen Lage.“ Seine Fraktion werde das Thema Katastrophenschutz spätestens zur nächsten Haushaltsdebatte wieder aufnehmen.

In der Abstimmung enthielt sich die AfD. Dafür stimmten FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU. Durch die Gegenstimmen von SPD, DIE LINKE wurde der Antrag abgelehnt.

*Antrag FDP
Drucksache 8/1366
Beschluss:
Ablehnung des Antrages*

Abschiebungen konsequenter angehen

Die Migrationsprobleme bedürfen einer gesamteuropäischen Migrationspolitik

■ Die AfD nahm die jüngsten Gewalttaten syrischer Tatverdächtiger in Greifswald und Neubrandenburg zum Anlass, in einem parlamentarischen Antrag die Verhinderung illegaler Einreisen und die Abschiebung syrischer Straftäter zu fordern. Die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern habe den generellen Abschiebestopp für syrische Staatsangehörige auslaufen lassen. Darum möge sich nun die Landesregierung auf Bundesebene und im Rahmen der Innenministerkonferenz um die Rückführung derjenigen Syrer bemühen, die in Deutschland mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Weiterhin sah die AfD gravierende Kapazitätsengpässe bei der Aufnahme von Asylsuchenden in MV. Sie brachte das mit der steigenden Zahl von illegalen Einreisen in Zusammenhang. Diese müssten durch eine bessere Sicherung der EU-Außengrenze verhindert werden. Auch das solle von der Landesregierung an Bundesinnenministerin Nancy Faeser herangetragen werden.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) thematisierte eine Nichtanwendung der geltenden Rechtslage. Demnach ziehe eine Einreise aus einem sicheren Drittland nach Deutschland keinen Anspruch auf Asyl nach sich. Dennoch steige die Zahl der Asylbewerber. Die Wohnungsnot im Land werde durch die Migrationspolitik verschärft. Bund und Länder streiten um die Verteilung der Kosten für Flüchtlinge und Asylsuchende. Hinzu komme, dass es nicht klar sei, welche Personen einreisen. Der Abgeordnete verortete eine „Zuwanderer-Kriminalität“ und da seien „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ ein „konsequentes Reaktionsmittel unseres Rechtsstaats“. Allein in Deutschland seien 90 syrische Gefährder aktenkundig. „Aufenthaltspolitik ist deshalb immer auch Sicherheitspolitik“, schlussfolgerte Jan-Phillip Tadsen. Das schließe ein, dass das Land beim Bund auf eine verstärkte Sicherung der EU-Außengrenze drängen müsse.

Innenminister Christian Pegel (SPD) verwies auf das Grundgesetz, welches bei illegaler Einreise eindeutig den Antrag auf Asyl erlaube. Die Migrationspolitik sei „ein Geschenk dieses Grundgesetzes“. Er gebe „eine zunehmende Dynamik“ beim Zustrom von Flüchtlingen zu. Aber das Land sei keineswegs in der Situation wie im Jahr 2015. Dennoch bliebe es eine „Riesenherausforderung“. Aber daraus abzuleiten, alle, die kommen, kommen zu Unrecht, sei nicht haltbar. Dies sei nicht die These eines Rechtsstaats. Der Minister sprach die „Abschiebungsoffensive“ der Ampel-Koalition an, die abgewartet werden müsse. Wichtig sei, den Menschen zu signalisieren: Der Rechtsstaat werde konsequent umgesetzt. Er warnte davor, zu glauben, die Abschiebung von Straftätern würde die Zahl von Asylbewerbern verringern. Das bringe nicht den von der AfD beschriebenen Effekt.

Die CDU habe eine klare Erwartung an den Bund, fasste Sebastian Ehlers (CDU) für seine Fraktion zusammen: Die Rückführungsoffensive müsse umgesetzt werden. Die AfD vermische allerdings „Migranten mit Straftätern“ und „die Rückführung mit dem Schutz der Grenzen“. Die illegale Einreise und Rückführung seien „inhaltlich als auch rechtlich zu trennen“, verdeutlichte der Abgeordnete. Das Auslaufen des Abschiebestopps für Syrer sei nicht neu. Aber es brauche eine neue Bewertung der Gefährdungslage in Syrien. „Grundsätzlich ist eine individuelle Gefährdungslage [als] auch die Europäische Menschenrechtskonvention zu berücksichtigen. Das steht für uns als Christdemokraten dabei natürlich außer Frage.“ Die Abschiebung von Straftätern nach Nationalität sei haltlos. Letztlich müsse der Bund aktiv werden und darum bedürfe es dieses Antrages nicht.

Der Konflikt in Syrien sei „nicht gelöst, lediglich eingefroren“, unterstrich Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE). Auf keinen Fall sei der Krieg vorbei. „Hunger, Massenarmut und Angst vor Verfolgung bestimmen das Leben vieler Syrer:innen jeden Tag aufs Neue.“ Zu behaupten, Syrien sei ein sicheres Land, komme einer Verdrehung von Tatsachen gleich.

In Deutschland begangene Straftaten müssten unabhängig von Nationalität verfolgt werden.

Die AfD benutze Einzelfälle, um unzufriedene Bürger aufzuwiegeln. Die Abgeordnete hielt die Forderung nach Schließung der deutschen Grenzen für ein rückwärtsgewandtes Anliegen. Denn das Schengen-Abkommen „bedeutet Freiheit für uns Bürger:innen“.

DIE LINKE stelle die Fragen nach den Ursachen und Wirkungen der Flucht von Menschen und wolle „die Bedingungen für eine gelingende Migration verbessern“, machte die Politikerin deutlich. Der Antrag der AfD werde abgelehnt.

Die vermeintlichen Fakten im Antrag seien „unsachlich, stümperhaft, und in Teilen schlichtweg falsch“ warf Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) der AfD vor. Der Krieg in Syrien involviere mehrere Akteure und die Lage sei sehr unübersichtlich. Die verharmlosende Darstellung im Antrag weise sie daher aufs schärfste zurück. Im Falle von Syrien gebe es die europäische Menschenrechtskonvention, die klar besagt: „Niemand darf abgeschoben werden, wenn im Herkunftsland Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe droht“. Kein Staat könne sich über diese Konvention hinwegsetzen. Die Gesetze und Werte unserer Gesellschaft gelten uneingeschränkt für alle Menschen.

Der „springende Punkt“ sei, dass Menschen per se illegal nach Deutschland einreisen müssten, um Asylrecht zu beantragen. Da müsse angesetzt werden. Der AfD-Antrag könne nur abgelehnt werden.

Der FDP liege an einer EU-weiten Migrationspolitik, erklärte David Wulff (FDP). Momentan existierten in verschiedenen Ländern instabile Lagen. Damit müsse sich auseinandergesetzt werden. Darum fordere die FDP einen europäischen Flüchtlingsgipfel, um klare Regeln zu schaffen. „Denn die Regeln, wie

sie momentan auch in Europa sind, sind Regeln, die so dauerhaft nicht tragfähig sind“, konkretisierte der Abgeordnete.

„Langfristig braucht es eine umfassende Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems“, um eine faire Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeit innerhalb Europas sicherzustellen. Die FDP stehe für einen Paradigmenwechsel, für ein modernes Einwanderungsmodell. Das Parlament beschäftige sich ständig mit den Themen Arbeits- und Fachkräftemangel in unserem Land. Hier sehe die FDP große Chancen in der Einwanderung. Den Antrag werde seine Fraktion guten Gewissens ablehnen.

Martina Tegtmeier (SPD) hielt fest, dass die AfD jedes Jahr einen Antrag einbringe, der sich gegen syrische Mitbewohner richte. Dieses Mal habe die AfD „alles in einen Topf geworfen“ und Bezüge hergestellt, die nicht bestünden. Die Zahlen „relativieren“ sich, wenn man ins Detail gehe. Der gegenwärtige Engpass sei hauptsächlich durch die legal eingereisten ukrainischen Flüchtlinge entstanden. Die Regulierung der Migration sei längst als Herausforderung erkannt und dessen werde sich angenommen.

Entgegen der Behauptung im Antrag, gebe es sehr wohl Abschiebungen nach Syrien. Hier müsse man sich stets die humanitären Gründe ansehen. Einzelprüfung sei nötig. Denn auch für die Abschiebung von Straftätern gebe es rechtliche Grenzen. Vor allem dürften humanitäre Werte nicht außer Acht gelassen werden. Hingegen unterstelle der Antrag Dinge, die so nicht seien und darum lehne die SPD ab.

Am Schluss der Debatte stellte **Jan-Philipp Tadsen** (AfD) erneut heraus, dass die bestehenden Maßnahmen nicht funktionierten. Er bliebe dabei: „Wenn der Fluchtgrund wegfällt, dann müssen diese Leute auch wieder gehen.“ Ein objektiver Blick in die Täterstatistik zeige „eine absolute Überrepräsentation eines gewissen Täterkreises, und das sind nun mal diese jungen Männer“. Der AfD-Abgeordnete bot Steffi Pulz-Debler an, Sanktionen, die den Menschen in Syrien schaden, zu überdenken. Und an David Wulff richtete er, dass auch die AfD für eine europäische Migrationspolitik sei.

Außer der AfD lehnten alle anderen Fraktionen den Antrag ab.

Antrag AfD

Drucksache 8/1352

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Erhalt der Sprach-Kitas gefordert

Landesengagement soll eines der erfolgreichsten Programme der kindlichen Frühbildung sichern

■ Vor 6 Jahren hatte der Bund das Programm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ aufgelegt. Es stellte Mittel für eine zusätzliche Fachkraft bereit, die sich um die sprachliche Entwicklung und den Spracherwerb von Kindergartenkindern mit besonderem Förderbedarf kümmerte. Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung sah zwar die Fortsetzung des Programms vor, allerdings wurde kein Geld in den Bundeshaushalt 2023 eingestellt. Eine Übergangsregelung läuft zum Jahresende aus. Auf Initiative von Mecklenburg-Vorpommern waren sich im Bundesrat alle Länder bei der Fortsetzung der Sprach-Kitas einig. Da die Bundesregierung darauf nicht reagierte, wollte die Regierungskoalition des Landtages mit ihrem Antrag den Druck auf den Bund erhöhen sowie prüfen, ob das Programm mit Landesmitteln weitergeführt werden könnte. Obwohl von der Sache überzeugt, sparte die Opposition nicht mit Kritik. Denn im September wurde ein ähnlicher CDU-Antrag von SPD und DIE LINKE abgelehnt. Mit dem jetzigen Änderungsantrag zielten die Oppositionsfraktionen CDU, FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN auf eine vollständige Übernahme der Sprach-Kita-Finanzierung durch das Land ab, sollte der Bund aussteigen.

Der Länderbeschluss sei ein Etappenziel, freute sich Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE), aber noch nicht

das Ziel. Sprach-Kitas seien „einmalig“ und „beispielgebend“, weil sie „gleichermaßen Kinder nicht deutscher Herkunftssprache und Kinder deutscher Herkunftssprache“ beim Spracherwerb unterstützten.

Es sei nicht nachvollziehbar, warum der Bund das Programm auslaufen lassen wolle, sorgte sich die Abgeordnete. Die Länder benötigten die Unterstützung des Bundes, darum sei man seit Monaten im Gespräch. Sollten alle Anstrengungen nichts nützen, dann müsse das Land prüfen, inwieweit das Erfolgsmodell Sprach-Kitas ab 2023 als Landesprojekt fortgeführt werden könne. Die Eltern, die Kinder, die Fachkräfte und die Einrichtungen bräuchten die Sicherheit, dass es weitergeht. „Ich denke, das muss unser gemeinsames Ziel sein“, richtete die Politikerin an die Kollegen.

„Hier werde ein Versprechen nicht eingehalten“, zeigte sich Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) enttäuscht. Das Aus für „eines der erfolgreichsten Bundesprogramme, das jemals auf die Beine gestellt wurde“, machte die Ministerin sprachlos. Das widerspreche dem Bundes-Koalitionsvertrag und dem einstimmigen Beschluss im Bundesrat. Kein Bundesland ließe sich das gefallen. Gemeinsam ringe man um die Fortführung des Programms, „das Kindern ihre Sprache gibt“. Die Wichtigkeit der Kindertagesförderung „stellte bisher keine einzige Bundesregierung in Frage. Keine einzige hat bisher in diesem Bereich gespart, sondern sie immer mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet“. Die Minimalforderung der Ministerin sei ein langsames Auslaufen des Programms bei gleichzeitigem Aufbau der Landesstrukturen mit Bundesgeld. Sie verspreche, sich für den Erhalt der Sprach-Kitas „starkzumachen“, „weil Sprache eben der Schlüssel zur Welt ist“.

Der Antrag sei obsolet, entgegnete **Enrico Schult** (AfD). Denn vor einem Monat wurde „hinreichend darüber diskutiert“ und alle Fraktionen waren sich über die Weiterführung der Sprach-Kitas einig. Lediglich die Zustimmung der Koalition fehlte. „Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Natürlich! Die Integration und spätere Bildungserfolge sind davon abhängig“, das sei unstrittig. Es schien Enrico Schult, dass nur seine Fraktion den Standpunkt vertrete, dass es Aufgabe der Familien sei, den Kindern das sprachliche Rüst-

zeug mitzugeben. Vor Jahren sei es selbstverständlich gewesen, dass die Eltern für die Sprachbildung Sorge trugen. Zum Schluss wies der Politiker auf die Kostenexplosion für die Kitas hin. Denn „wenn wir so weitermachen, dann werden wir uns über Sprach-Kitas gar nicht mehr unterhalten müssen“.

Es geht um viel, verdeutlichte **Torsten Renz** (CDU). Nämlich darum, „dass das Land möglicherweise 5,5 Millionen Euro selbst aufbringen muss, dass 171 Erzieherinnen und Erzieher betroffen sind, beziehungsweise 140 Kitas, denen wir die Finanzierung entziehen, weil der Bund nicht handelt“. Ihm sei unverständlich, dass der Oppositionsantrag vom September hier nicht mal erwähnt wurde. CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wollen, so der Abgeordnete, dass für diesen wichtigen Bereich, „das gesamte Geld zur Verfügung gestellt wird“. Das sei Gegenstand des Änderungsantrages.

Das Gute-KiTa-Gesetz sei eine „Mogelpackung“, weil dann kein Geld für die Sprachförderung übrigbliebe. Stimmten die Länder hier zu, geben sie ein strategisches Mittel zur Durchsetzung der Sprach-Kitas aus der Hand. Die Opposition sei bereit, mit einer „gemeinsamen Kraftanstrengung“ mitzukämpfen. Dafür sei der Änderungsantrag das „Licht am Horizont“.

Nur durch das Engagement des Landes habe die Bundesfamilienministerin überhaupt eine Übergangsregelung erwo-gen, zeigte **Mandy Pfeifer** (SPD) auf.

Der vorliegende Änderungsantrag der Opposition beinhalte eine Entlastung des Bundes auf Kosten der Qualitätsinitiative in MV. Sie wüsste nicht, wo eine „Schatulle“ mit 5,5 Millionen Euro herumstehe. Würde das Bundesprogramm in den Landeshaushalt eingestellt, müsste woanders gestrichen werden. Deswegen werde ihre Fraktion den Änderungsantrag ablehnen.

Die Ablehnung des Oppositionsantrages im September sei eine strategische Überlegung gewesen. Es sei nicht klug, den Druck vom Bund zu nehmen und die Mittel vorausschauend in den Landeshaushalt zu schreiben. „Leider muss geprüft werden“, räumte die Parlamentarierin ein, „wie wir das Bundesprogramm Sprach-Kitas eventuell in den Landeshaushalt überführen“.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) würde es begrüßen, wenn sich die Abgeordneten darauf einigen könnten, „dass wir eigentlich alle das Gleiche wollen. Nämlich: die Sprach-Kitas in diesem Land zu erhalten“.

Angesichts der Bedeutung der Sprachförderung im Kindesalter werde sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „mit aller Kraft beim Bund dafür einsetzen, dass Finanzierungsmittel für die Sprach-Kitas weiterhin zur Verfügung gestellt werden“.

Für Anne Shepley liegen die frühkindliche Bildung und die Kindertagesstätten in der Finanzhoheit der Länder. „Es ist kein Überraschungsmoment, dass ein Modellprojekt ausläuft.“ Hätte die Koalitionsfraktion dem Antrag in der vorigen Plenarwoche zugestimmt, wäre mehr Zeit geblieben, damit umzugehen.

Der Antrag kam **Sabine Enseleit** (FDP) schon aus der letzten Sitzung bekannt vor, allerdings als CDU-Antrag. Der jetzige Text von DIE LINKE und SPD enthalte „im Wesentlichen nichts Neues“. Denn wie diese eventuelle Landesfinanzierung aussehen könne, werde nicht erklärt. „Stattdessen wird wieder auf den Bund gezeigt“, merkte die Abgeordnete an. Eine weitere Eskalation habe nichts mit „verantwortlicher Politik mit Weitsicht“ zu tun. Aus Sicht der FDP sei im weiterentwickelten Gute-KiTa-Gesetz, dem bundesweiten Qualitätsgesetz, eine Fortführung und Verstetigung der Sprachförderung enthalten. Dafür seien vier Milliarden Euro vorgesehen. Das Einzige, worum es jetzt hier gehe, sei, die Übergangsphase von sechs Monaten zu finanzieren oder entsprechend umzu-

schichten. „Und das könnte jedes Bundesland selbst gestalten, wenn es nur wollte“, schlussfolgerte die Politikerin.

„Mit der Integration in das Gute-KiTa-Gesetz haben wir dann zwar die vier Milliarden“, entgegnete **Jeannine Rösler** (DIE LINKE). „Aber wir haben kein zusätzliches Geld für die Sprachförderung. Das fehlt uns.“ Die Regierungskoalition bleibe dabei, „dass der Bund die vollständige Finanzierung bereitstellt. Und da lassen wir auch nicht locker.“ Es sei korrekt, dass es am Ende eine Ressort-Entscheidung und eine Frage der Schwerpunktsetzung sei. Das Licht am Horizont sehe sie, „wenn der Bundestag eine kluge Entscheidung trifft“.

Beim Änderungsantrag der Oppositionsfraktionen CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt sich die AfD, während SPD und DIE LINKE dagegen stimmten. Der Antrag von SPD und DIE LINKE wurde durch Enthaltung aller Fraktionen außerhalb der Koalition angenommen.

Zusatz-TOP 01

Antrag DIE LINKE und SPD

Drucksache 8/1403

hierzu

Änderungsantrag CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

Drucksache 8/1416

Beschluss:

Annahme des Antrages

Ablehnung des Änderungsantrages

Bundesprogramm „Sprach-Kitas“

„Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“

Seit 2016 fördert das Bundesfamilienministerium mit der Finanzierung einer zusätzlichen Fachkraft die sprachliche Entwicklung von Kindern mit besonderem Förderbedarf im Kindergartenalter. Zu den ursprünglich drei Schwerpunkten „Alltagsintegrierte sprachliche Bildung“, „Inklusive Pädagogik“ und „Zusammenarbeit mit Familien“ kam im Jahr 2021 der neue Punkt „Digitale Medien“ hinzu. Neben der Fachkraft finanziert das Bundesprogramm eine Fachberatung zur unterstützenden Begleitung der Fachkraft vor Ort.

Das Gute-KiTa-Gesetz

Das Gute-KiTa-Gesetz des Bundes ist eine Qualitätsoffensive für Kindertagesstätten. Der Bund stellt den Ländern 5,5 Milliarden Euro bereit. Diese entscheiden, welche Maßnahmen sie damit umsetzen wollen.

Altenparlament tagte im Plenarsaal

■ Ganz viel Erfahrung und Leben(sjahre) haben am 20. Oktober im Plenarsaal Platz genommen. Bis in den späten Nachmittag tagte das Altenparlament. In den Leitanträgen ging es beispielsweise um den Ausbau der Beratungslandschaft und die Förderung der Medienkompetenz. Die 2. Vizepräsidentin des Landtages, Elke-Annette Schmidt begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter der älteren Generation. Sie betonte, wie wichtig die Mitwirkung aller Generationen für die Demokratie sei. Das Altenparlament tagt seit 1999 alle zwei Jahre. Seit 2010 steht das auch im Seniorenmitwirkungsgesetz des Landes. 29 Vereine, Verbände und Seniorenorganisationen haben insgesamt 71 Delegierte entsendet. Diese berieten und verabschiedeten drei Leitanträge unter anderem für eine lebenswerte Zukunft für Alt und Jung und eine Resolution für lebenslanges Lernen.

Mehr Informationen sowie die Leitanträge finden sie online.



Am 20. Oktober 2022 tagte das Altenparlament im Plenarsaal.



Die 2. Vize-Präsidentin Elke-Annette Schmidt eröffnete das Altenparlament.

Fotos: Produktionsbüro Timus

Senioren: wertvoller Teil unserer Gesellschaft

■ Aufgrund einer sinkenden Anzahl junger Menschen in MV werde im Jahr 2040 ein Drittel der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein. Darum fokussierte der Antrag der Regierungskoalition „Für ein gutes Leben im Alter“ auf die Verhinderung der Vereinsamung älterer Menschen und die soziale Teilhabe bis ins hohe Alter. Beides greife dann ineinander, wenn ältere Menschen so lange wie möglich „als tragende Stütze des bürgerschaftlichen Engagements“ in die Gesellschaft integriert bleiben, erläuterte Christine Klingohr (SPD). Nach dem Willen der Koalition solle ein Runder Tisch gegen Einsamkeit im Alter

einberufen, Aktivitäten zur Stärkung der digitalen Kompetenz von Senioren weitergeführt und eine landesweite „Engagementsstrategie“ zur Organisation der ehrenamtlichen Beteiligung älterer Bürger umgesetzt werden.

Trotz vieler bestehender Initiativen, wie „SilverSurfer“ oder „seniorTrainer“, so Sozialministerin Stefanie Drese (SPD), müsse sich intensiver um die größte Bevölkerungsgruppe des Landes gekümmert werden.

Die AfD sehe als Kernproblem die niedrige Geburtenrate, denn die Strukturen zur gesellschaftlichen Teilhabe bestünden. Dennoch blieben Herausforderungen, stellte die CDU fest. Entscheidend sei, dass Menschlichkeit und Nachbarschaftshilfe gelebt würden. Die FDP ver-

SeniorTrainer

Das Landesprojekt „Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als seniorTrainer/-in sowie deren fachliche Begleitung durch Agenturen“ richtet sich an Menschen im Ruhestand, die gern sozial engagiert bleiben wollen. Nach einer Schulung unterstützen sie wichtige soziale Aufgaben auf ehrenamtlicher Basis. Zum Beispiel werden sie Job- oder Familienpate, Wunschoma, helfen Flüchtlingen oder werden in Seniorenbeiräten tätig.

Meldungen



v.l.n.r.: Vorsitzender Landesseeniorenbeirat Bernd Rosenheinrich, Altenparlamentspräsidentin Brigitte Seifert, Stellvertreter Martin Birkholz

binde mit guter Seniorenpolitik auch „die Anerkennung der Lebensleistung von älteren Menschen“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte, dass die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Älter werden in MV“ nicht in Gesetze gemündet hätten. Ihr Änderungsantrag zielt nun auf eine Einbeziehung der Opposition in den geplanten Runden Tisch. Obwohl DIE LINKE für das gemeinsame Handeln alle Akteure plädierte, solle der Runde Tisch als Forum der Fachleute und nicht als politische Bühne eingerichtet werden.

Der Änderungsantrag wurde bei Enthaltung der AfD und mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE abgelehnt. Der Antrag der Koalition erhielt das Votum von SPD, DIE LINKE und FDP. Alle anderen Parteien enthielten sich.

Antrag SPD und DIE LINKE

Drucksache 8/1355

hierzu

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1399

Beschluss:

Annahme des Antrages

Ablehnung des Änderungsantrages

SilverSurfer

SilverSurfer kann als „silberner Internetnutzer“ umschrieben werden, wobei „Silber“ eine Referenz an die grauen Haare älterer Menschen ist.

In Schwerin und in Greifswald werden bereits auf ältere Menschen zugeschnittene Ausbildungskurse angeboten. Nach Abschluss des Kurses helfen diese geschulten Experten dann ehrenamtlich anderen Senioren moderne digitale Geräte oder Anwendungen zu nutzen.

Long COVID erforschen

■ In der akuten Phase der Corona-Pandemie lag der Fokus auf der Behandlung schwerer Fälle. Nun gelte es, die „Bewältigung der Pandemiefolgen in Angriff zu nehmen und entstandenen Schaden nach Möglichkeit zu heilen“, begründete Christine Klingohr (SPD) den Antrag ihrer Fraktion auf eine Aussprache zum Thema „Long COVID und seine Folgen – Versorgung, Forschung und Beratung für Betroffene ausbauen“. Eine Ausschussanhörung bestätigte einen Mangel an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Diagnostik und Therapie von Long COVID. In MV seien geschätzte 70.000 Menschen davon betroffen.

Darum arbeite die Landesregierung an zwei Anträgen mit 2,85 Millionen Euro Fördervolumen. Das Geld käme nicht nur dem von Dr. Jördis Frommhold geleiteten neuen Rostocker Institut für Long COVID zugute, sondern auch der sektorenübergreifenden Vernetzung der Spezialambulanzen sowie der Forschungsarbeit der Universitätskliniken Rostock und Greifswald. Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) warb für diesen integrierten Ansatz.

Die AfD plädierte für „eine breite Beleuchtung des Problems“, verwies aber mit Blick auf das neue Institut auf den allgemeinen Personalmangel im Gesundheitswesen.

Forschung müsse Beiträge zur Diagnostik, Behandlung und Rehabilitation beisteuern, befand die CDU. Sie werde die Anträge „kooperativ“ begleiten.

Bisher parallel laufende Aktivitäten würden gebündelt, begrüßte DIE LINKE das Vorhaben. Außerdem brauche es ein Abrechnungssystem für die Krankenkassen.

Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortete die Initiative, denn die bisherigen Erfahrungen bedürften einer wissenschaftlichen Untersetzung.

„Lassen Sie uns nicht länger warten!“, stimmte die FDP zu. Forschung zu Long COVID müsse dringend auf den Weg gebracht und dauerhaft gefördert werden.

Antrag SPD

Es fand eine Aussprache statt.

Agrarbericht kontra Datenstatistik

■ Bis zum Jahr 2011 sei der Agrarbericht des Landes die zentrale Publikation und Informationsquelle zu Ergebnissen und Entwicklungen der Land-, Wald-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft gewesen.

Die seitdem herausgegebenen statistischen Datenblätter des Landwirtschaftsministeriums füllten diese Lücke weder inhaltlich noch hinsichtlich Transparenz. Statt Zusammenhänge und zeitliche Verläufe, zeigten sie Zustände, bemängelte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Öffentlichkeit habe ein Recht auf Details zu einem der größten Finanzposten des Landeshaushaltes. Darum fordere seine Fraktion, alle zwei Jahre einen umfassenden Agrarbericht vorzulegen, auch in digitaler Form.

Durch Personalabbau gebe es nur noch eine Mitarbeiterin für Statistik, erklärte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD). Er empfahl, die Webseiten der drei relevanten Landesämter zu konsultieren oder Experten in den Agrarausschuss einzuladen.

Ohne Darstellung von Entwicklungen gehe es nicht, pflichtete die AfD bei. Die Zahlen existierten, nur die Auswertung nicht. Auch der FDP fehlt der Kontext in den Statistiken und vor allem der digitale Aspekt. Die CDU hält die Datenblätter für ausreichend, denn selbst der Bund habe von Jahres- auf Vierjahresberichte umgestellt.

DIE LINKE konnte das Ansinnen nachvollziehen, befürwortete aber nicht die Wiederauflage des umfangreichen Werkes. Vielleicht reiche es, die Ursprungsdaten digital abrufbar zu machen. Da die personellen Kapazitäten nicht bestünden und die Daten im Internet verfügbar seien, lehnte die SPD den Antrag ab.

Die Überweisung scheiterte an den Stimmen von SPD und DIE LINKE. Der Antrag selbst wurde von der Regierungskoalition und der CDU abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1357

Beschluss:

Ablehnung der Überweisung

Ablehnung des Antrages

Ermittlungsarbeit an der Belastungsgrenze

■ Verglichen mit 2020, sei im Jahr 2021 die Zahl der landesweiten Verfahren wegen Verbreitung, des Erwerbs und des Besitzes von kinderpornografischen Inhalten um über 30 Prozent auf 1.717 Fälle angestiegen, trug Sebastian Ehlers (CDU) vor. Die Sichtung von Beweismaterial stelle eine unvorstellbare psychische Belastung für die Landespolizisten dar. Darum wolle die CDU eine Rechtsgrundlage für einen Sonderurlaub für diese Beamten. Dabei könne sich die Anzahl der Urlaubstage nach den Möglichkeiten der jeweiligen Dienststellen richten. Zusätzlich schlug BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN per Änderungsantrag eine psychologische Begleitung, Beratung, Unterstützung und Betreuung der betroffenen Ermittler vor. Es sei auch zu prüfen, ob Künstliche Intelligenz die Materialsichtung unterstützen könne. Um diese verschiedenen Aspekte zu evaluieren, beantragte die CDU eine Überweisung in den Innenausschuss. Dem konnte Innenminister Christian Pegel (SPD) folgen, auch um zu erklären, welche der angesprochenen Vorschläge „längst im Fluss“ seien.

Die AfD unterstützte die Überweisung, „weil genau da gehört dieses Thema hin“.

Eine Ausschussberatung zur Diskussion des Umfangs der Anerkennung und Wertschätzung für die Beamten sei auch im Interesse von DIE LINKE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertrat den Standpunkt, dass Sonderurlaub „nur eine von mehreren Maßnahmen“ zur Entlastung der regelmäßig an ihre Grenze kommenden Ermittler sein kann. Die Anerkennung der psychischen Belastung der Polizeibeamten findet auch die volle Unterstützung der FDP. Für die SPD blieb offen, ob ein Ausgleich für diese Art von Belastung überhaupt möglich sei.

Die Abgeordneten votierten einstimmig für die Überweisung beider Anträge in den Innen- und mitberatenden Finanzausschuss.

Antrag CDU Drucksache 8/1363

*hierzu Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1400*

Beschluss:

*Überweisung an Innenausschuss (f)
Finanzausschuss (m)*

Wirtschaft und Bürger steuerlich entlasten

■ 76 Prozent der Bürger seien mit den aktuellen Entlastungen unzufrieden, zitierte die AfD eine aktuelle Umfrage. Recherchen der Partei hätten ergeben, dass die Handwerks- sowie die Industrie- und Handelskammern des Landes aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise um die Existenz vieler Unternehmen bangen. Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung gehe an der Wirtschaft vorbei. Darum forderte die AfD die Landesregierung auf, eine Gesetzesinitiative für Steuern- und Abgabensenkende Maßnahmen in den Bundesrat einzubringen.

Nach Dafürhalten der AfD müssen Energie und Sprit wieder günstig werden. Es dürften keine Umlagen auf Erdgas oder andere Energieträger erhoben werden. Die Energiesteuer solle auf das EU-Minimum gesenkt werden. Bei Treibstoff könne eine Aussetzung oder Ermäßigung der Umsatzsteuer erwogen werden. Eine Abschaffung der CO₂-Bepreisung würde den Strompreis senken. Auch könne eine vorübergehende Aussetzung der Umsatzsteuer auf Nahrungsmittel Erleichterung bringen.

Keine der anderen Fraktionen stimmte den Vorschlägen der AfD zu. CDU, FDP und SPD wollten schnellere Reaktionen aus Berlin. Der Antrag würde das nur verzögern, warnte die CDU. DIE LINKE sehe in Steuersenkungen eine massive Schwächung des Staates als Institution. Dem stimmte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu und schlussfolgerte, der AfD gehe es um die Destabilisierung des Sozialstaates. Allein durch die Strompreispbremse werde doch auch die steuerliche Belastung gesenkt, hielt die FDP der AfD entgegen. Eine Mindereinnahme bei der Umsatzsteuer, erklärte die SPD, ziehe Mindereinnahmen auf allen föderalen Ebenen nach sich. Ferner fordere der Antrag nicht umsetzbare oder schon eingeleitete Maßnahmen. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) hielt es für richtig, bei der Preisgestaltung anzusetzen, da dies den besten Effekt bringe.

Der Antrag erhielt lediglich die Zustimmung der AfD.

Antrag AfD

Drucksache 8/1354

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Preis für Parkausweise diskutiert

■ Fast 30 Jahre lang waren die Gebühren für Anwohnerparkausweise durch ein Bundesgesetz auf deutschlandweit maximal 30,70 Euro pro Jahr festgelegt. Mit dem 8. Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes wurde die Befugnis zum Gebührenerlass an die Länder delegiert. Diese können nun die untergeordneten Behörden damit beauftragen. Die MV-Landesregierung tat dies mit der „Delegationsverordnung der Landesregierung zur Erhebung von Parkgebühren“ sowie einer neuen Landesverordnung. Folglich entscheiden Kommunen und Gemeinden entsprechend den Gegebenheiten vor Ort über den Preis eines Anwohnerparkausweises.

Schwerin und Greifswald hätten die Jahresgebühr bereits auf 120 Euro vervierfacht – zum Missfallen der FDP. Sie sei ausdrücklich für die „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“, wollte aber in Form einer „Kalkulationsgrundlage“ die Verhältnismäßigkeit der Gebühren gewahrt sehen.

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) erklärte, man sei hier dem Wunsch der Kommunen gefolgt. Die 120 Euro, pro Tag 33 Cent, hielt er für „den richtigen ausgewogenen Weg“.

Der FDP-Antrag hätte eine Obergrenze konkret benennen sollen, befand die AfD. Da sie die kommunale Autonomie unterstütze, lehne sie die Drucksache ab. Die CDU befürwortete den Antrag, denn ihr sei an einer Klarstellung zu einem möglichen „Deckel“ gelegen. DIE LINKE lehnte „ruhigen Gewissens“ ab, da die Festlegung einer Obergrenze rechtlich nicht möglich sei. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte das Recht der Kommunen, „eigenständig zu entscheiden“. Denn, „wer, wenn nicht die Kommunen“ seien dazu in der Lage. Auch der SPD sei „schnell klar“ gewesen, dass die Ausgestaltung der Gebührenhöhe „logischerweise“ auf die kommunale Ebene gehöre.

Für den Antrag stimmten nur die CDU und FDP. Alle anderen Fraktionen lehnten ab.

Antrag FDP

Drucksache 8/1364

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Laufende Gesetzgebung

Stand: 13. 10. 2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/737	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 29.06.2022 in Beratung
8/1253	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsausführungsgesetzes und weiterer Gesetze zur Anpassung an das Betreuungsrecht des Bundes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 07.09.2022 in Beratung
8/1276 (neu)	AfD	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 07.09.2022 Ablehnung der Überweisung
8/1344	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2022 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 05.10.2022 in Beratung
8/1345	LReg.	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Juristenbildungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 05.10.2022 in Beratung
8/1346	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Optimierung der IT-Landschaft in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern	Innenausschuss	1. Lesung: 05.10.2022 in Beratung
8/1347	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die allgemeine Beeidigung von Übersetzenden sowie zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 05.10.2022 in Beratung
8/1401	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB IX und anderer Gesetze	Sozialausschuss	1. Lesung: 07.10.2022 in Beratung
8/1402	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-CoV-2-Pandemie ab dem Jahr 2023 und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Energie (KVAbwG M-V)	Innenausschuss	1. Lesung: 07.10.2022 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 5. Oktober 2022 entschieden | Stand: 13. 10. 2022

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/756	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes an verfassungsgerichtliche Vorgaben und weitere bundesrechtliche Anforderungen	LReg.	1. Lesung: 29.06.2022 2. Lesung: 05.10.2022	Annahme
8/757	zur Bestandsdatenauskunft Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (Glücksspieländerungsstaatsvertragsgesetz 2021 – GlüÄndStVG 2021 M-V)	LReg.	1. Lesung: 28.06.2022 2. Lesung: 05.10.2022	Annahme

Landschaftspflege

Agrarausschuss informierte sich über die Arbeit

■ Auf Einladung der Koordinierungsstelle für Landschaftspflegeverbände (LPV) hat sich der Agrarausschuss im Rahmen am 28. September 2022 über deren Arbeit in MV am Beispiel des Landschaftspflegeverbandes Mecklenburger Endmoräne e. V. informiert.

Im ersten Teil der Exkursion wurden den Ausschussmitgliedern die Aufgaben und Probleme der bislang neun LPV dargelegt, die sich zu Beginn der 1990er Jahre im Land gegründet hatten. Wesentliches Ziel der LPV sei es, das Land bei der Erfüllung seiner Naturschutzaufgaben (z. B. Biotop- und Artenschutz im Rahmen des europäischen Programms NATURA 2000) zu unterstützen. Die LPV fungierten dabei als Schnittstelle für die Flächennutzung einerseits sowie den Flächenschutz andererseits. Ziel sei, die europäischen Schutzziele und die Belange von privaten Unternehmen, Grundstückseigentümern, Gebietskörperschaften, Behörden sowie Vereinen und Verbänden zu koordinieren und ein für möglichst viele Interessenvertreter akzeptables Ergebnis bei der Umsetzung von Maßnahmen zu finden. Darüber hinaus seien die LPV in Umweltbildungsprojekte (z. B. Kindergärten, Schulen, Tourismus, etc.) sowie Beratungsangebote involviert.

Wesentliches Ziel sei, dass insbesondere lokale und regionale Möglichkeiten genutzt werden, um Projekte zur Pflege und zum Erhalt von Kulturlandschaften wirtschaftlich zu initiieren. Die Arbeit der LPV werde hauptsächlich durch Fördermittel (ca. 60 %) der EU (ELER, LEADER und EPLER) und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (ca. 37 %) finanziert, die durch weitere einzelfallbezogene Projektmittel des Landes ergänzt werde.

Als besondere Problemlage wurde herausgestellt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel häufig nicht ausreichen, um Projekte und Personal planbar und



Fotos: Landtag MV

Vortragsatmosphäre (v.l.n.r. Vorsitzende Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD), Mathias Bormann, Uwe Lerch, Dr. Martin Piehl, Stv. Vors. Thomas Diener (CDU), Abg. Sandy van Baal (FDP), Abg. Jens Schulze-Wiehenbrauk (AfD), Abg. Hannes Damm (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN))



Verbuschter Lebensraumtyp Kalk-Trockenrasen

längerfristig zu finanzieren. Denn gerade für landwirtschaftliche Unternehmen und Flächeneigentümer müssten sich Projekte wirtschaftlich rechnen. Als Hemmnis wurde eine fehlende Grund- oder Basisfinanzierung der Geschäftsführung der LPV herausgearbeitet.

Des Weiteren wurden die Ausschussmitglieder über die Umsetzung von Managementmaßnahmen in NATURA 2000-Gebieten am Beispiel von Grenzertragsstandorten informiert. Projekte der LPV würden häufig im Auftrag der Staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Umwelt für diese Flächen mit besonderen Anforderungen (Lebensraumtypen) vorbereitet und durchgeführt, mit dem Ziel, einen günstigen Erhaltungszustand der Kulturlandschaft zu erreichen. Dabei handele es sich auch um Gebiete von gesamtstaatlicher Bedeutung, die eines besonderen Schutzes bedürften.

In der sich anschließenden Geländebegehung wurde der Ausschuss über die Besonderheiten eines Grenzertragsstandortes am Beispiel eines naturnahen Kalktrockenrasens im Bereich des Tollensetals informiert. Die Herausfor-

derung bestehe an diesem Standort darin, kleinräumige Kulturflächen/-Strukturen mit unterschiedlichen Ansprüchen (Mahd, Beweidung, Nährstoffzugang, etc.) zu bewirtschaften und zu erhalten. Dabei handele es sich häufig um Flächen mit geringem Ertrag.

Die Vorsitzende des Agrarausschusses, Dr. Sylva Rahm-Präger, konstatierte abschließend, dass die Arbeit der LPV für den Naturschutz sehr wertvoll sei. Die Arbeit konzentriere sich häufig auf über Jahrhunderte durch bestimmte Bewirtschaftungsformen entstandene Kulturflächen. Diese würden wegen ihrer, aus heutiger Sicht, geringeren Rentabilität aber kaum bewirtschaftet und verlören so ihre Habitatsigenschaften. Es müsse darum gehen, eine Balance zwischen den Anforderungen aus Sicht des Artenschutzes/Klimaschutzes und dem Aufwand einer zeitgemäßen Bewirtschaftung herzustellen.

Kritisch sei, dass die Mittel für eine solche Bewirtschaftung nicht immer in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Für die Projektarbeit müsse es verbindliche und längere Laufzeiten geben, eine solide Finanzierung müsse gesichert sein und die Praxis der Antragstellung müsse erleichtert werden, um Interessenten und Projektbeteiligten die Scheu zu nehmen, sich an Landschaftspflegemaßnahmen zu beteiligen.

Klimawandel und Krieg im Fokus

Jahreskonferenz
des Parlamentsforums Südliche
Ostsee (PSO) in Danzig

Nach einer fast dreijährigen, corona-bedingten Unterbrechung kamen auf Einladung des Sejmik der Woiwodschaft Pommern vom 18. bis 20. September 2022 mehr als sechzig Abgeordnete regionaler Parlamente aus Deutschland und Polen nach Danzig. Hier wurden gemeinsame Empfehlungen zum Thema „Der European Green Deal – Wasser und Klimawandel“ erarbeitet und verabschiedet. Zudem standen Fragen der humanitären Folgen des Krieges in der Ukraine und der Hilfe für Geflüchtete auf der Tagesordnung.

Unter der Leitung der Ersten Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp (CDU), nahmen die Abgeordneten Herr Marcel Falk (SPD), Frau Beatrix Hegenkötter (SPD), Herr Thomas Krüger (SPD), Herr Nikolaus Kramer (AfD) und Herr Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an der Jahreskonferenz des Parlamentsforums teil. Der Landtag MV arbeitet seit 2004 gemeinsam mit dem Landtag Schleswig-Holstein, der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. Die Kaliningrader Gebietsduma wurde in Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine von der Arbeit des PSO suspendiert.

Im ihrem Grußwort zu Beginn der Jahreskonferenz am Montag, den 19. September, bedankte sich die Delegationsleiterin Beate Schlupp bei dem Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, Herrn Jan Kleinsmidt, für die Organisation des Forums in der aktuellen herausfordernden Zeit und betonte, dass dem Verstoß gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts sowie dem Versuch, Europa zu spalten und zu schwächen, mit Entschlossenheit, Soli-



Fotos: Landtag MV

Die Delegation des Landtages MV. (v.l.n.r.: Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Marcel Falk (SPD), Beate Schlupp (CDU), Thomas Krüger (SPD), Beatrix Hegenkötter (SPD), Nikolaus Kramer (AfD))

darität und Einigkeit entgegen werden müsse. Daher begrüßte Frau Schlupp die Entscheidung der polnischen Gastgeber, in der Konferenz die Unterstützung für die Ukraine zu besprechen und die Beratungen zum vereinbarten Thema fortzusetzen. Die Katastrophe in dem Fluss Oder habe die Aktualität des gewählten Themas und die Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels gezeigt.

Auf Einladung des Landtages hat Herr Dr. Christian Wolter vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) einen Expertenvortrag zum Thema „Die Oderkatastrophe – Lehren für unsere Flüsse im Klimawandel“ gehalten und über die Ursachen des massiven Fischsterbens in der Oder sowie die forschungsbasierten Handlungsempfehlungen nach der Umweltkatastrophe berichtet. Der Landtag MV schlug zudem vor, die Verbesserung von Kooperation im Bereich der Aufstellung und Aktivierung von Alarm- und Warnplänen in der Resolution anzusprechen.

Frau Beate Schlupp fasste die Ergebnisse der Jahreskonferenz zusammen: „Das Parlamentsforum hat sich vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrig durch Russland verursachten Krieges zwischen Russland und der Ukraine auf einer neuen Ebene der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland bewährt. Unsere Regionen arbeiten eng zusammen. Ziel des diesjährigen Parla-

mentsforums war, nach einer längeren Pause unsere Kontakte und Freundschaften wiederzubeleben, den so dringend benötigten grenzüberschreitenden Austausch zu stärken und nicht zuletzt einander zuzuhören. Denn der persönliche Kontakt ist vor allem in Krisenzeiten außerordentlich wichtig. Es ist uns gelungen, eine umfassende Resolution zu einem hochaktuellen Themenkomplex zu beschließen, in die alle Vorschläge des Landtages aufgenommen wurden. Das ist ein großer Erfolg. Auch in diesem Jahr werden wir über die gemeinsamen Beschlüsse des Parlamentsforums im Landtag abstimmen und diese der Landesregierung vorlegen. So stellen wir sicher, dass unsere internationale Arbeit Ergebnisse erzielt. Das nächste Parlamentsforum Südliche Ostsee wird vom 17. bis 21. September 2023 auf Einladung der Hamburgischen Bürgerschaft in Hamburg stattfinden.

AdR-Fachkommission für Wirtschaft

Abgeordneter Tilo Gundlack lädt im Namen des Landes europäische Lokal- und Regionalvertreter nach MV ein

Foto: Landtag MV



Tilo Gundlack, MdL (r.) bei der 14. ECON-Sitzung

Vom 22.-23. September 2022 wirkte Tilo Gundlack, MdL als Vertreter des Landes MV an der 14. Sitzung der Fachkommission für Wirtschaft (ECON) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) mit. Die Lokal- und Regionalvertreter der EU führten in der Hansestadt Zwolle in den Niederlanden einen ersten Meinungsaustausch über ihre Stellungnahmeentwürfe zur Überprüfung der EU-Wiederaufbau- und Resilienzfähigkeit, zum Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt sowie zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele durch.

Der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack unterbreitete den Mitgliedern erfolgreich einen Vorschlag über die Ausrichtung einer auswärtigen Fachkommissionssitzung mit einer Konferenz in Wismar und Schwerin im Jahr 2023. Die Veranstaltung wurde mehrheitlich für das Land beschlossen.

Außerdem erörterten die Fachkommissionsmitglieder in einer Konferenz zum Thema „Nachhaltiges Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)“ die Probleme im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung, der Lieferketten und des Übergangs zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem, das auf Umweltschutz und Digitalisierung fußt. Beispielsweise stellte ein Repräsentant der Hochschule Saxion für angewandte

Forschung die Bestrebungen zur Kreislaufwirtschaft in der Textilindustrie (Tex-Plus) vor: in der niederländischen Region Twente nahe der deutschen Grenze, die einmal das Zentrum der Textilindustrie der Niederlande war, führt die Kooperation der Universität mit Chemie-, Sammel- und Sortierunternehmen sowie einem lokalen Weber in Enschede zur Rückgewinnung von Baumwollstoff in hochwertiger Qualität. Im Bereich der kommunalen Entsorgung müsse das Bewusstsein der Menschen geschärft werden.

Im Anschluss verfolgten die Fachkommissionsmitglieder im Rahmen eines Unternehmensbesuchs die Produktionsabläufe des Familienunternehmens Van Wijhe und besichtigten das neu eingerichtete regionale Innovationszentrum Overijssel für die verarbeitende Industrie.

Überprüfungsbericht über die EU-Wiederaufbau- und Resilienzfähigkeit

Die Wiederaufbau- und Resilienzfähigkeit unterstützt die Digitalisierung und den ökologischen Wandel. Der AdR will mit der Stellungnahme zum Überprüfungsbericht der Wiederaufbau- und Resilienzfähigkeit darauf hinwirken, dass die Gemeinden und Regionen der EU in die Gestaltung der nationalen Pläne einbezogen werden.

Durch die Aufnahme von Kapiteln aus dem EU-Plan zur Erlangung der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern (REPowerEU) in die nationalen Wiederaufbau- und Resilienzpläne werden die Pläne zu einem Umsetzungsinstrument dieser EU-Energiestrategie. Die Flexibilität wird auch genutzt, um weit vor 2030 die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland zu beenden (z.B. durch LNG-Importe), und zur Erhöhung der Resilienz des Energiesystems. Die Mitgliedstaaten können sich für Darlehen an die EU-Kommission wenden.

Krisenmanagement auf EU-Ebene: Debatte über ein Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt

Das Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt ist eine Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, und mit ihr soll unter anderem ein regionaltaugliches Grenzmanagement erreicht werden, um den freien Waren, Personen- und Dienstleistungsverkehr zu gewährleisten.

Die EU-Kommission legt unter anderem eine Liste mit systemrelevanten Gütern an. Der EU-Ministerrat (Rat der EU) wäre befugt, den Krisenmodus im Notfall zu aktivieren.

Zur Konkretisierung ihres Stellungnahmeentwurfs zu einem Notfallinstrument für den Binnenmarkt (SMEI, Single Market Emergency Instrument) diskutierten die Mitglieder der Fachkommission ECON, wie auf Störungen des EU-Binnenmarktes, z.B. Gasknappheit, zu reagieren sei. Die Lokal- und Regionalvertreter in der Fachkommission ECON befürworten vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Pandemie und den oft wechselnden staatlichen oder regionalen Einzelmaßnahmen eine Ausgestaltung des Notfallinstruments in einer Weise, die eine bessere Koordinierung unter Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie einen besseren Informationsaustausch erreicht. Die oft asymmetrischen Auswirkungen von Binnenmarktstörungen auf Regionen sollen mit Hilfe des Instruments im Sinne der europäischen Solidarität behoben, und die Bürger in allen Mitgliedstaaten gerecht versorgt werden können. Ein Fokus sollte auf dem Außen- und vor allem Binnenmanagement der Grenzen liegen.

Vor Ort Termin

Wirtschaftsausschuss informiert sich über die Rostocker Wasserstoffinitiative

■ Am 29. September 2022 hat der Landkreis Rostock gemeinsam mit der Rostocker Wasserstoffinitiative die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Tourismus und Arbeit des Landtages zu einem Expertengespräch in die Regiopolregion Rostock eingeladen, um über die einzigartigen Standortvorteile der Region für den Auf- und Ausbau einer innovativen, wettbewerbsfähigen Wasserstoffwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu sprechen.

Die Veranstaltung wurde von Romuald Bittl, Dezernent für Bau und Wirtschaft des Landkreises Rostock, eröffnet: „Um die Wasserstoffproduktion im Land Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln, bedarf es Keimzellen. Der Energiebedarf der Wirtschaft wird sich zwangsläufig dort orientieren, wo Energie vorhanden ist. Weitere wichtige Faktoren für die Ansiedlung sind Fachkräfte sowie eine entsprechende Infrastruktur im Bereich Ver- und Entsorgung. Dieses erfordert ein koordiniertes Vorgehen, um die bestehenden Standortvorteile zu nutzen. Das möchten wir gern mit unseren Mitteln unterstützen. Erste Erfolge konnten bereits durch die Unterstützung des Bundes erzielt werden.“ Eines dieser Leuchtturmprojekte der Region stellt die Antriebswende H₂erO des regionalen Nahverkehrsunternehmens rebus Regionalbus Rostock GmbH dar. Für die Umstellung der Busflotte auf Wasserstofftechnologien und die damit verbundene Neubeschaffung von 52 Bussen bekommt das Unternehmen eine Zuwendung von 17,7 Millionen Euro vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr und zusätzlich vom Landkreis eine jährliche Unterstützung von 1,8 Millionen Euro, erläuterte der Geschäftsführer Thomas Nienkerk. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt dieser Veranstaltung war das zukünftige Innovationszentrum, das auf dem Produktionsstandort des Düngemittelher-



Foto: Landtag MV

(v.l.n.r.) Romuald Bittl (Landkreis Rostock), Jens Aurel Scharner (Geschäftsführer Rostock Port GmbH), Wolfgang Waldmüller (CDU), Daniel Peters (CDU), Jutta Wegner (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN), Sandy van Baal (FDP), Vorsitzender Martin Schmidt (AfD), Petra Federau (AfD)

stellers Yara GmbH & Co. KG in Poppendorf entstehen soll. Das norwegische Unternehmen ist ein industrieller Abnehmer mit jahrzehntelanger Erfahrung und Expertise im Bereich Ammoniak, einem kohlenstofffreien Wasserstoff-Speicher, der unter anderem die Speicherung und den Transport von Wasserstoff vereinfacht. Dr. Donald Höpfner, Prokurist und Sprecher von Yara Rostock, betonte, dass neben der regionalen Produktion vor allem auch die Abnahme vor Ort eine wichtige Rolle spielen muss. Diese Idee soll mit dem Innovationszentrum verwirklicht werden und zeigen, wie das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Forschung und kommunaler Politik zukünftig aussehen kann. Das breitgefächerte Fachwissen sowie die Erfahrungen und die vorhandene Infrastruktur im Bereich Wasserstoff, Ammoniak und Energietechnik soll Raum für Gründungen und Start-Ups bieten und Fachkräfte in die Region locken sowie Absolventinnen und Absolventen der hiesigen Universitäten und Fachhochschulen die Möglichkeiten bieten zu bleiben.

Vom Standort auf dem Werksgelände von Yara Deutschland sowie den Produktionsanlagen des norwegischen Düngemittelherstellers konnten sich die Ausschussmitglieder anschließend auf einem von Dr. Donald Höpfner geleiteten Rundgang selbst einen Eindruck verschaffen.

Wasserstoff und Ammoniak gehören zu den Energieträgern der Zukunft, so der

Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Martin Schmidt. Sie hätten großes Potenzial, allerdings müsste hierfür noch die erforderliche Infrastruktur geschaffen werden. Insoweit bedürfe es einer massiven Unterstützung seitens des Bundes.

Im Anschluss führen die Ausschussmitglieder zur ROSTOCK PORT GmbH und kamen dort mit dem Geschäftsführer Jens Aurel Scharner ins Gespräch. Bis zum Jahr 2026 soll im Rahmen des Projektes „HyTech Hafen Rostock“ eine 100-Megawatt-Elektrolyse für die Erzeugung von grünem Wasserstoff auf dem Gelände des Steinkohlekraftwerkes im Überseehafen Rostock entstehen. In der geplanten Elektrolyseanlage wird mithilfe von Strom aus Erneuerbaren Energien aus Wasser grüner Wasserstoff hergestellt. Dieser klimaneutrale/CO₂-freie Energieträger kann dann in verschiedenen Sektoren wie beispielsweise Industrie, Verkehr und Wärme eingesetzt werden.

Petition übergeben

Bürgerinitiative trifft Vorsitzenden des Petitionsausschusses

■ Vor dem Hauptportal des Schweriner Schlosses hat die Bürgerinitiative „Stopt die Nordtrasse – Initiative Schweriner Klimaschutz“ am 21. Oktober eine Petition mit 1.891 Unterschriften an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Thomas Krüger, übergeben. Die Petition richtet sich gegen die geplante rund vier Kilometer lange Umgehungsstraße im Norden der Landeshauptstadt Schwerin. Die Erweiterung der Bundesstraße (B 104) ist Teil des Bundesverkehrswegeplans 2030 und dort in den vorrangigen Bedarf eingestuft.

Die Initiatorin der Petition und Mitglied der Bürgerinitiative, Susanne Dörffel, kritisierte, dass diese Straße dringend benötigte Agrarflächen sowie Naturschutzgebiete, darunter ein wertvolles Moorgebiet, überbauen soll. Dieses Vorhaben sei zudem schlecht für Klima und Natur und bringe keinerlei verkehrliche Entlastungseffekte für die Schweriner



Foto: Landtag MV

Die Bürgerinitiative „Stopt die Nordtrasse – Initiative Schweriner Klimaschutz“ überreicht an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Thomas Krüger, ihre Petition mit den gesammelten Unterschriften.

Innenstadt. Bei der Übergabe der Petition erklärte der Sprecher der Bürgerinitiative, Bernd Köppel, dass man sich von den Abgeordneten des Petitionsausschusses im Landtag erhoffe, dass sie sich intensiv mit den Argumenten der Bürgerinitiative auseinandersetzen und unter den aktuellen klimatischen Rahmenbedingungen eine Neubewertung des Straßenprojektes unterstützen. Das Straßenbauprojekt widerspreche dem Ziel eines zukunftsorientierten öffentlichen Personennahverkehrs und führe zudem zu Kosten im hohen zweistelligen Millionenbereich.

Den Ausschussmitgliedern wurde dargelegt, dass die Landesregierung 2020 eine unabhängige Gutachterkommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Heyo Kroemer von der Charité in Berlin sowie von Prof. Dr. Thomas Lenarz von der Medizinischen Hochschule Hannover damit beauftragt habe, eine Bestandsaufnahme der Universitätsmedizinen in Rostock und Greifswald zu erstellen, um strategische Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung beider Standorte bis zum Jahr 2030 abzuleiten.

Als Vorsitzender der Gutachterkommission hat Prof. Dr. Kroemer einleitend festgestellt, dass beide Standorte großes Potential für eine erfolgreiche Zukunft hätten. Allerdings seien zeitnahe strukturelle Veränderungen notwendig, um beide Universitätsmedizinen zu stärken. Der bereits geschlossene Lang-

zeitkooperationsvertrag zwischen den Häusern werde von den Gutachtern als wegweisendes Instrument bewertet. Seitens der Experten wurde besonders begrüßt, dass sich die Landesregierung zu beiden Standorten bekenne und im Koalitionsvertrag verankert sei, die Entwicklung der Unimedizinen zu kooperativen Zentren der Spitzenforschung bis 2030 mit einem „Zukunftspakt Unimedizin MV“ zu unterstützen. Im Ergebnis seien von den Sachverständigen 20 konkrete Empfehlungen für die Bereiche Krankenversorgung und Versorgungsplanung, Forschung und Lehre, Bau und Infrastruktur sowie zur Digitalisierung und Fachkräftesicherung erarbeitet worden. Eine der zentralen Empfehlungen der Gutachter für den Standort Rostock sei

Gutachten UnimedMV 2030

Expertengespräch im Untersuchungsausschuss „Universitätsmedizin“

■ Während seiner 16. Sitzung am 22. September 2022 hat sich der Wissenschafts- und Europaausschuss im Rahmen eines nichtöffentlichen Expertengesprächs über das im Juni 2022 abgeschlossene Gutachten „Unimed MV 2030“ informieren lassen.

die Fusion der Unimedizin mit dem städtischen Südstadtklinikum. Denn die Konkurrenz der beiden Häuser in öffentlicher Trägerschaft und mit finanzieller Unterstützung des Landes sei weder wirtschaftlich noch ließen sich positive Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung sowie die medizinische Forschung erkennen. Den Gutachtern zufolge könnten mit der Fusion auch bereits langjährige Probleme, vor allem in der Kinder- und Jugendmedizin, gelöst werden.

Des Weiteren rieten die Experten dazu, dass das Herzzentrum Karlsburg und die Kardiologie der Unimedizin Greifswald eine dauerhafte, strategische Part-

nerschaft eingehen. Beide Häuser hätten einen hervorragenden Ruf und könnten im Rahmen einer engeren Zusammenarbeit die herzmmedizinische Forschung in der Region bestmöglich aufstellen.

Dringender Handlungsbedarf werde auch in Bezug auf die Fachkräftesicherung gesehen. Die Kommission empfehle, an beiden Standorten die Gründung einer gemeinsamen Akademie für Pflege- und Gesundheitsberufe zu unterstützen. Diese sollen zu Ankerpunkten mit Exzellenzanspruch für die langfristige Nachwuchskräfteicherung sowie die Fort- und Weiterbildung für das gesamte Land entwickelt werden.

Auch im Bereich Forschung und Lehre bestünden laut der Gutachterkommission an den Universitätsmedizin Greifswald und Rostock gute Voraussetzungen, um bis 2030 deutliche Akzente in der Forschung zu setzen. Im Interesse einer nachhaltigen Zukunftsperspektive werde dem Land u. a. empfohlen, eine Forschungsexzellenzoffensive für beide Standorte mit einer Förderperiode bis zum Jahr 2030 zu unterstützen. Die Empfehlungen der Gutachter würden gegenwärtig von den zuständigen Fachressorts geprüft.

Endlich ist er da

Der Schlosshonig 2022!

■ In diesem Jahr waren die Schlossen extrem fleißig, sodass einige Gläser mit dem süßen Gold zusammengekommen sind. Die mikroskopische Untersuchung der Pollen ergab, dass Raps-Type mit 45,1 % und Vergissmeinnicht-Pollen mit 32 % dominieren. Dies ist auffällig, da dieser Polleneintrag wahrscheinlich ausschließlich von Pflanzen im Burgarten stammt und die Bewässerung somit sehr sorgsam stattfand. Auch die Pollen der Blühwiese sind mit Schmetterlingsblütlern, Mädesüß, Gräsern und Mohngewächsen enthalten. Bäume waren somit erstmals keine vorrangige Nahrungsquelle. Die Stückzahl der Honiggläser ist immer noch so begrenzt, dass der Honig ein Protokoll-Geschenk bleibt, das Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben zu besonderen Anlässen weitergeben.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben

Weihnachtliche Stimmung

"Höfische Weihnacht" und das Schlossrestaurant laden zu gemütlichen Stunden ein

■ In der dunklen Jahreszeit wird es im Schweriner Schloss besonders romantisch. In der Vorweihnachtszeit bieten verschiedene Angebote eine stimmungsvolle Atmosphäre: Das Café Niklot im zweiten Obergeschoss, die Höfische Weihnacht im Innenhof oder der Bischofskeller im Souterrain des Schlosses.

Die Höfische Weihnacht lässt den Innenhof des Schweriner Schlosses weihnachtlich erstrahlen. Vom 9. bis 18. Dezember locken Kultur und Kulinarik. Bands wie die Jazzkombüse, Mary Jane & The Baltic Sweet Jazz Orchestra zeigen, wie gute handgemachte Musik geht. Sconehead sowie Mario Neumeister aus Wismar sind dabei, außerdem der Schweriner Bläserkreis, die Mecklenburger Alphörner, die Blowboys und das Drehorgel-Orchester. Ein kleines kulinarisches Angebot und heiße Getränke tragen zum weihnachtlichen Wohlgefühl bei.

Geöffnet ist die Höfische Weihnacht täglich von 11 bis 21 Uhr. Der Eintritt beträgt zwei Euro, dieses Geld fließt vor allem in die Finanzierung des Kulturprogramms. Kinder unter 18 Jahren haben freien Eintritt. Ebenfalls frei ist der Eintritt Montag bis Freitag zwischen 11 und 14 Uhr – als Angebot für alle, die den Mittagstisch im Bischofskeller durch einen Bummel über den Schlossinnenhof abrunden wollen.

Darüber hinaus ist es möglich, Tische in Zelten zu bestellen – für eine kleine Weihnachtsfeier in Familie oder mit den Kollegen. Ein Angebot für geschlossene Veranstaltungen besteht in der Zeit vom 2. Bis 7. Dezember. Informationen dazu gibt es unter der Telefonnummer 0385-6383270 und per Mail unter info@buero-vip.de.



In der Vorweihnachtszeit wird es im Schweriner Schloss besonders gemütlich.

Foto: Cornelius Kettler



So festlich wird das Weihnachtsmenü im Bischofskeller.



Im Bischofskeller können Weihnachtsfeiern mit bis zu 60 Personen stattfinden.

Fotos: Schloss Restaurant Schwerin



Auch das Schloss Restaurant bietet im Bischofskeller Platz sowie Speis und Trank für gemütliche Weihnachtsfeiern – ob in kleiner Runde oder als Gruppe. Der besondere Weihnachtsschmaus in historischer Atmosphäre kann auf Wunsch mit einer exklusiven Führung durch das Schloss garniert werden. Entdecken sie verborgene Winkel und Räu-

me und genießen sie den Blick auf Schwerin vom Dach des Schlosses. Buchungen sind per Telefon unter 0385-5252915 oder per Mail unter info@schweriner-schloss-restaurant.de möglich.

Ohne Buchungen und ganz spontan finden sie im Café Niklot Platz. Geöffnet ist es von Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr. Sonntags gibt es neben Kaffee und Kuchen den beliebten Sonntagsbrunch. Weitere Informationen erhalten sie per Telefon unter: 0385-5252915 oder per Mail unter: info@schweriner-schloss-restaurant.de.

Kalender-Quiz

Gewinnen sie einen Landtagskalender 2023

1. Wer legt die vorläufige Tagesordnung einer Plenarsitzung des Landtages fest?

- A Parlamentarische Kontrollkommission
- O SOG-Gremium
- Z Ältestenrat

2. Wie heißen die Präsidentin und die Vizepräsidentinnen des Landtages MV?

- E Birgit Hesse, Beate Schlupp, Elke-Annette Schmidt
- I Linda Hesse, Birgit Schlupp, Annegret Schmidt
- W Birgit Schmidt, Beate Hesse, Elke-Annette Schlupp

3. Das Schweriner Schloss ist der Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Welche Funktion hatte das Schloss früher?

- A Sitz einer Sternwarte und eines Planetariums
- S Sitz einer bedeutenden Porzellanwerkstatt
- I Residenz der mecklenburgischen Herzöge und Großherzöge

4. Wie viele Fraktionen sind im Landtag vertreten?

- W 3
- N 4
- T 6

5. Der Landtag erfüllt mehrere zentrale Aufgaben, u.a.:

- F Ernennung von Soldaten
- P Gesetzgebung
- M Wahl der Mitglieder der Polizei

6. Wie viele Abgeordnete sind im Landtag vertreten?

- L 79
- O 65
- V 150

7. Wann fand die erste Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern nach der Wiedervereinigung statt?

- A 26. Oktober 1990
- O 27. Mai 1986
- N 6. Dezember 1991

8. Was ist ein Ausschuss?

- J Eine Versammlung aller parlamentarischer Schriftführer
- N Ein parlamentarisches Arbeitsgremium
- K Gebündelte Drucksachen einer Landtagssitzung

Bitte senden Sie das Lösungswort per Postkarte an den Landtag MV. Einfach die Karte unten ausschneiden und versenden.

Einsendeschluss: 15.12. 2022

An den Landtag MV
 Öffentlichkeitsarbeit
 Lennéstraße 1 / Schloss
 19053 Schwerin

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 20 Wandkalender des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2023.

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.



Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Stadt

Telefon oder eMail

Lösungswort

1 2 3 4 5 6 7 8

--	--	--	--	--	--	--	--

Einsendeschluss: 15. 12. 2022

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 20 Wandkalender des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.

Bitte ausreichend frankieren

SCHLOSS SCHWERIN | SITZ DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landtag MV
 Öffentlichkeitsarbeit
 Lennéstraße 1 / Schloss
 19053 Schwerin

Foto: Landtag MV



◀ „Brigadegeneral Markus Kurczyk (2.v.l.) war mehr als der Kommandeur des Landeskommandos in Mecklenburg-Vorpommern. Er verkörpert das Bürgersein in Uniform, die Bundeswehr als Teil der Gesellschaft. In den zweieinhalb Jahren, in denen er an der Spitze des Landeskommandos stand, war das bei jeder Begegnung mit ihm greifbar. Die Corona-Krise hätte unser Land ohne die Unterstützung der Bundeswehr nicht so glimpflich überstanden – ein ziviler Einsatz, der dem Brigadegeneral ein spürbares Anliegen war. Für das Parlament – und für mich als Landtagspräsidentin – war er ein aufgeschlossener, besonnener und humorvoller Ansprechpartner“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Hesse (2.v.r.) im Rahmen der Verabschiedung des Brigadegenerals am 17. Oktober gemeinsam mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (li). Brigadegeneral Markus Kurczyk übernimmt eine neue Aufgabe beim „Zentrum Innere Führung“ in Koblenz. Sein Nachfolger hier in Schwerin ist der erfahrene Brigadegeneral Uwe Nerger (re).

Foto: Jens Hecker



◀ Am 22. Oktober würdigte die 1. Vizepräsidentin Beate Schlupp im Rahmen der Festveranstaltung „10 Jahre Heilbad & Kurzentrum Waren (Müritz)“ die Stadt an der Müritz verbunden mit dem Hinweis: „Hätten Sie gewusst, dass Waren an der Müritz das einzige im Binnenland von Mecklenburg-Vorpommern gelegene prädikatisierte Heilbad mit dem ortsgebundenen Heilmittel Sole und der entsprechenden Arzneimittelenerkennung ist? Das ist schon bemerkenswert! Ich danke allen Akteuren, die an dieser erfolgreich verlaufenden Entwicklung des Kur- und Erholungsortes Waren an der Müritz beteiligt waren!“ Die Stadt Waren (Müritz) ist seit dem Jahr 2012 Staatlich anerkanntes Heilbad. Eine wesentliche Voraussetzung für die Verleihung des Heilbadstatus war die Anwendung der Warener Sole. Diese Anwendung wird seit über 10 Jahren durch das Kurzentrum auf dem Nesselberg sichergestellt.

Foto: Uwe Sinnecker

